

Pro ZUKUNFT

Der Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen

In Zusammenarbeit mit **Future Survey** und dem **Zentrum für Zukunftsstudien** der FHS Forschung Salzburg

22. JAHRGANG, 2008 | 3

EDITORIAL

Die Wiederentdeckung des Staates

Das rasante Auf und Ab der Börsenkurse, deren Zeugen wir derzeit sind, gleicht einem Beben mittlerer Stärke. Da mag kommen, was wolle, eines erscheint gewiss: Das Vertrauen in die Magie des Marktes ist nachhaltig erschüttert und ruft den Staat als Krisenmanager auf den Plan. Neben den bisherigen Herausforderungen steht – wenig überraschend und doch unerwartet – die Zähmung des Turbokapitalismus ganz oben auf der Agenda. Wird eine demokratisch legitimierte Politik aus dieser Krise gestärkt hervorgehen, verlorene Gestaltungsräume wieder beanspruchen und damit auch an Zuspruch gewinnen? Werden wir den Wert des Politischen neu entdecken? Noch ist nicht abzusehen, ob die damit verbundenen Herausforderungen und Chancen von den Mandatsträgern erkannt und notwendige Konsequenzen auch gezogen werden. Denn zu den allgemein bekannten Aufgaben einer global koordinierten, handlungsfähigen Politik zählen nun nicht mehr nur der Ausgleich zwischen Arm und Reich, die Überwindung des Hungers oder die Stabilisierung des Klimas. Ebenso dringlich – und mutmaßlich sogar Voraussetzung für Erfolge in diesen und anderen Bereichen – ist die Neuordnung der globalen Finanzarchitektur. Zu simpel wäre es freilich, die Panikattacken einer gewinnmaximierenden Clique von Managern und Aktionären als einzige Ursache der Misere auszumachen. Dafür mit verantwortlich – wenngleich weit weniger schuldig – sind auch wir alle als Teilhabende am „permanenten Steigerungsspiel“. Der Erkundung und Umsetzung von Zukunftsoptionen jenseits von Verlustängsten und Allmachtsphantasien

kommt also entscheidende Bedeutung zu und sollte im Umfeld soeben ausgestandener oder vor uns liegender Wahlschlachten für PolitikerInnen und BürgerInnen eine lohnende Aufgabe darstellen. Anregungen dazu haben wir ins Zentrum dieser Ausgabe gerückt.

Dass „eine Politik der Veränderung nur gelingt, wenn die Politik sich selbst verändert“, halten die Publizisten



Hans-Jürgen Art, Wolfgang Kessler und Wolfgang Storz in ihrem von profunder Analyse, dem Mut zur Zuspitzung und visionärem Elan geprägten Entwurf einer von emanzipatorischer (Eigen)Verantwortung und Solidarität geprägten Gesellschaft fest.¹⁾ Scharfsichtig und –zünftig analysieren sie das Zickzack des

Schwerpunkt: Politik im Diskurs

- 77 | R. Liedtke: Wir privatisieren uns zu Tode
- 94 | State and Civil Society (Hg. R. Trattnigg u. a.)

Weitere Highlights

- 98 | R. Reich: Super-Kapitalismus
- 99 | L. Napoleoni: Die Zuhälter der Globalisierung
- 102 | M. Gege: Unterwegs zu einem ökolog. Wirtschaftswunder
- 107 | Welterbe und Tourismus (Hg. K. Luger u. a.)

„Systems Merkel“ („lernfähig und sehr beweglich“ ... „Sie hat keine Linie und will auch keine haben“) ebenso wie das Dilemma der Parteien zwischen Fortschritt und Tradition (CDU) und „linkem Drang zum Dissens“ in der „Zwickmühle zwischen Konflikt und Kooperation mit dem Kapital“ (SPD). Als Alternative plädieren sie für eine ganzheitlich orientierte Politik der konkreten Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung, die „links, liberal und grün neu addiert“. Konkret wird vor allem für ein bedingungsloses Grundeinkommen (verbunden mit dem Element der negativen Einkommensteuer) und einen „Ökobonus“ geworben, der in punkto Ressourcen Kostenvorteil und Einsparungsanreize effizient wie sozial ausgewogen kombiniert.

Gute Gründe für und eine Vielzahl von Optionen zur Wiederentdeckung politischen Gestaltungspotenzials stehen auf den folgenden Seiten zur Diskussion. Von der Kritik des Neoliberalismus über die Hintergründe einer medial fokussierten „Imagepolitik“ bis hin zu Vorschlägen für eine „Reformpolitik“ (Bildung wird mehrfach als vernachlässigte, aber zentrale Bedingung genannt) reichen dabei die Empfehlungen zur Entwicklung des (deutschen) Nationalstaates. Facetten der Teilhabe zwischen Local und Global Governance, Perspektiven der Civil Society und weit reichende Empfehlungen zur Neuorientierung von Ökonomie und Demokratie im globalen Kontext verhandeln Perspektiven einer zukunfts-fähigen Politik auf vielfache Weise. Einige Hinweise zu Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens und verantwortungsbewussten Reisens runden diese Ausgabe ab.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht im Namen des JBZ-Teams

Ihr



w.spielmann@salzburg.at



1) **75** Artl, Hans-Jürgen; Kessler, Wolfgang; Storz, Wolfgang: **Alles Merkel? Schwarze Risiken, bunte Revolutionen.** Oberursel: Publik-Forum, 2008. 253 S., € 15,80 [D], 16,30 [A], sFr 27,65
ISBN 978-3-88095-175-4

I N H A L T

EDITORIAL 1

NAVIGATOR 3

Im **Navigator** werden Bücher, Links, Neue Medien und graues Material zu einem Schwerpunkt sowie zu weiteren Themen vorgestellt.

**Schwerpunkt: Politik im Diskurs
Demontage des Nationalstaates?** 3

Kritik des Neoliberalismus (Ch. Butterwege ...), Riskante Moderne (P. Nolte) u. a. m.

Politik in der Krise? 5

Politische Strategie (Raschke/Tils), Handbuch Politikberatung (Hg. v. S. Falk u. a.)

Reformfähigkeit des Staates 7

Staat und Gesellschaft - fähig zur Reform? (Hg. v. K. D. Wolf), Die Zukunft ergreifen (H. Klages), Mut zum Handeln (Hg. v. R. Herzog ...), Das Prinzip Fortschritt (W. Mittelstaedt), Globalisierung - das Ende der sozialen Marktwirtschaft (E. Hass) u. a. m.

Partizipation 15

Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe? (Hg. v. L. Schwalb ...), State and Civil Society (Hg. v. E. Brix ...), Integration durch Teilhabe (W. Vorkamp), Jahrbuch 2008 (Hg. v. Komitee f. Grundrechte), u. a. m.

Ökonomie und Demokratie 21

Super-Kapitalismus (R. Reich), Die Zuhälter der Globalisierung (L. Napoleoni), Das Pyramidenspiel (G. Jenner) u. a. m.

Ökologie - Nachhaltigkeit - Tourismus 25

Nachhaltiger nutzen (Hg. v. V. Rabelt ...), Megatrend Umweltinnovation (M. Jänicke), Welterbe und Tourismus (Hg. v. K. Luger ...) u. a. m.

MAGAZIN 31

Im **Magazin** berichten wir über News aus der Zukunftsforschung, der Zukunftswerkstätten-Szene sowie über eigene Projekte und Veranstaltungen.

Register / News / Termine 31

Inserat / Impressum 32

Die nächste Ausgabe von **proZukunft**
erscheint im Dezember 2008

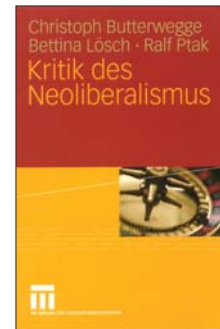
SCHWERPUNKT

Politik im Diskurs**Demontage des Nationalstaates?**

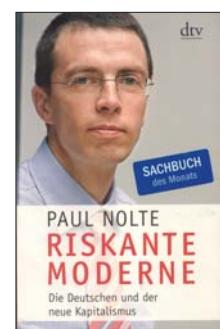
Welche Rolle wird zukünftig den Nationalstaaten zukommen? Sind sie zu Marionetten des internationalen Kapitals verkommen, denen immer mehr Handlungsspielräume genommen werden, oder verbirgt sich hinter dem Reden vom Bedeutungsverlust des Staates eine ideologische Falle, um diesen bewusst zu schwächen? Die Sozialwissenschaftler der Universität Köln *Christoph Butterwege*, *Bettina Lösch* und *Ralf Ptak* formulieren in ihrem Band „**Kritik des Neoliberalismus**“ als zentrale These, dass die Diskurse über die Transformation des Staates auf seine Demontage als Instanz der Umverteilung zielen. Das Kapital brauche einen „starken Staat“, der ihnen (Rechts-)Sicherheit gibt, aber keinen „sozialen Staat“. Daher werde auch bewusst eine Aushöhlung des Parlamentarismus betrieben. Privatisierung und Liberalisierung seien in diesem Sinne als Strategien zur „Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors“ zu sehen. Sozialstaatskritik zielen auf die Reduzierung sozialer Leistungen und generell auf die „Erosion des Gerechtigkeitsbegriffs“, was sich, so *C. Butterwege*, in der Transformation von der „Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit“, der „Verteilungs- zur Beteiligungsgerechtigkeit“ sowie der sozialen zur „Generationsgerechtigkeit“ zeige. „Freiheit“ und „Eigenverantwortlichkeit“ würden missbraucht als Formeln zur Rechtfertigung der wachsenden sozialen Ungleichheit. Chiffren wie „Generationengerechtigkeit“ oder „Bildung für die Armen“ sollen von der Umverteilung des Reichtums ablenken. Der postulierte „schlanke Staat“ führe so zur „abgemagerten Demokratie“. Diese reduziere sich im neoliberalen Denken auf die Abfrage von Meinungsbildern bzw. auf eine reine Abstimmungs-maschinerie: „Im Mittelpunkt steht nicht der demokratische Akt der Willensbildung, sondern allenfalls ein Ereignis, etwa der Wahlakt. Dieser wird in Analogie zu anderen Events betrachtet und erhält einen ähnlichen Stellenwert wie jedwede beliebige TV-Show, in der das Publikum die Möglichkeit hat, einen Kandidaten oder einen Superstar auszuwählen.“ (*B. Lösch*, S. 237) Das Credo der Autorin: „Anstatt das Politische nach ökonomischen Prinzipien auszurichten, müsste das Ökonomische wieder stärker politisch gedacht werden.“ (S. 239)

Es gibt freilich auch andere Stimmen, die den „Sozialstaat Deutschland“ für reformüberfällig hal-

ten. Als prononcierter Vertreter einer Renaissance der Bürgergesellschaft gilt der Historiker *Paul Nolte*, der von „gesellschaftlicher Mitte“ als Träger des demokratischen Systems und des Gemeinsinns spricht. Die öffentliche Debatte werde so geführt, als gäbe es in Deutschland nur mehr Hartz IV-Empfänger und Ackerknechte, meint Nolte provokant. Vergessen werde dabei die breite Mittelklasse, neben den von der rot-grünen Regierung erstmals publizierten Armut- und Reichtumsbericht brauche Deutschland auch einen „Mittelstandsbericht“. Der neue Kapitalismus und die globalen Veränderungen würden entschiedenes Handeln gerade der Mittelschichten verlangen, doch der Historiker ortet eine große Angst vor Risiken sowie eine bedenkliche Ausbreitung der „Transfermentalität, die auch bei gesichertem, ja gutem Einkommen eine Subventionierung des eigenen Lebens durch den Staat erwartet“ (S. 143). Die riskante Moderne brauche einen starken, sozial handlungsfähigen Staat, sie brauche aber auch „starke Individuen“ sowie „starke soziale Netzwerke“, „weil der Staat die Folgekosten von Individualisierung nicht allein, jedenfalls nicht allein mit den Mitteln sozialstaatlicher Alimentation, tragen kann“ (S. 23). Der moderne Staat könne daher den Bürgern nicht alle persönlichen Lebensrisiken auf dem Wege des „Nachteilsausgleichs“ abnehmen. Nolte diagnostiziert die Flucht in eine „Nischengesellschaft“, in der sich die Menschen „Rückzugsräume“ bauen, „Überwinterungszellen, in denen sie ihr relativ ungestörtes Auskommen haben“ (S. 19), ohne sich den Herausforderungen einer riskanten Moderne stellen zu müssen: „der Herausforderung des privaten Lebens, der Herausforderung der kalten Märkte und der gesellschaftlichen Verantwortung“ (ebd.). Die Nischen würden oft aber nur vordergründig Sicherheit versprechen, sie entziehen sich der Solidarität und führen durch den Rückzug in ein „bloß noch privat geführtes Leben“ zur Gefahr, „Demokratie und Öffentlichkeit nur noch als Gewährleistungsagenturen der privaten Unge-störtheit zu betrachten“ (ebd.). Noltens Forderung nach einer „investiven Gesellschaft“, die er als Alternative zur Konsumgesellschaft propagiert, hat durchaus Berechtigung; sie wird dort zur Gefahr, wo sie der Ablenkung von Vermögens-, Besitz- und Chancenstrukturen dient, die keineswegs auf Leistung basieren, sondern auf einem kapitalistischen Privilegiensystem, das Vermögen-



„Die Risikogesellschaft hat sich in eine Risiko-vermeidungs-gesellschaft verwandelt.“
(*P. Nolte*
in **78**, S. 15)



„Eine Gesellschaft isolierter Individuen, die nur noch je einzeln dem Staat zugeordnet sind, statt sich untereinander zu verpflichten, ist weder ökonomisch noch moralisch überlebensfähig.“
(P. Nolte in **78**, S. 20)



„Vergessen von einem politischen Kampf um die Gesellschaft, der sich nur noch im Gegensatz zwischen Hartz-IV-Empfängern und Ackermännern abspielt, sind die Mittelklassen zur großen Black-Box der deutschen Politik geworden.“
(P. Nolte in **78**, S. 141)

de per se bevorzugt (Kapitaleinkommen als de facto arbeitslose Einkommen) und auch einem Chancen verteilenden Staat das Wasser abgräbt, eine Intention, die der Autor freilich von sich weist. Schon vom Titel her eine entgegengesetzte Haltung vermittelt der Band **„Wir privatisieren uns zu Tode. Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft.“** Der Journalist *Rüdiger Liedtke*, u. a. Verfasser eines Jahrbuchs „Wem gehört die Republik?“, spricht von einem „Privatisierungswahn“, der sich auch auf Deutschland ausgebreitet habe und alles erfasse: von der Daseinsvorsorge über die Krankenbehandlung bis zur Müllentsorgung, von der Schule bis zur Sicherheit. Liedtke beschreibt, was bereits an Privatisierungen im Gange ist, was von dieser – in seiner Diktion – bedroht wird und was es dabei zu verlieren gibt. Internationale Beispiele fehlgelaufener Privatisierungsprojekte werden hierfür als warnende Belege angeführt. Im Kontext politischer Steuerungsfähigkeit relevant sind die Ausführungen über Veräußerungen von Staatsvermögen, um die finanzielle Manövrierfähigkeit zu erhalten. Der Autor formuliert spritzig („Die Bahn fährt an die Börse – und alle müssen mit“), manche Darstellungen mögen überzogen wirken, die Warnungen vor dem Allheilmittel „Privatisierung“ tun aber gut angesichts der ideologischen Vereinfachung, der gemäß alles Staatliche ineffizient und das Private immer effizient sei. Manches bringt Liedtke auch sehr einfach auf den Punkt, etwa wenn er über die private Pensionsvorsorge schreibt, die er nicht zur Gänze ablehnt, deren Grundprinzip er aber hinterfragt: „Beim öffentlichen Rentensystem verdient niemand, beim privaten die Aktionäre“ (S. 196) Und dass die Privatwirtschaft nicht frei von riskanten oder gar kriminellen Geschäften ist, beweisen die vielen Skandale der letzten Zeit (Stichwort Deutsche-Post-Chef Zumwinkel, der auch Thema in Liedtkes Buch ist). Auch *Helmut Kuhn* zeichnet in **„Arm, reich – und dazwischen nichts?“** ein kritisches Bild der deutschen Gegenwartsgesellschaft: 10 Mio. Menschen unter der Armutsgrenze, davon 3 Mio., die arm sind trotz Arbeit, 4 Mio. Arbeitslose; gleichzeitig explodiert der Reichtum der Reichen: das Vermögen der privaten Haushalte erreichte 2005 die 5 Billionen-Grenze, die Zahl derer, die über mindestens 500.000 Euro (frühere DM-Millionäre) verfügen, stieg von 14.000 (1960) auf 1,6 Mio. (2005); die Kaste der „Superreichen“, die mehr als 30 Mio. Euro besitzen (das sind 3.700 Personen), bringen es dabei zusammen auf 612 Mrd. Euro, so vom Autor zitierte Zahlen aus dem Armutsbericht der Bundesregierung. Als Journalist

mischt Kuhn Reportagen über Arme wie Reiche („Kaiser, König, Bettelmann“) mit Analysen über die Auswirkung von neuen Sozialgesetzen, Steuerreformen und anderen politischen Weichenstellungen, die der Autor mit Anspielung auf die Ich-AGs als „Armen AG – ein Tochterunternehmen von Reichtum Inc.“ bezeichnet. So sehr Nolte zu Recht auf die noch immer ganz gut situierte Mittelschicht Deutschlands verweist (nicht das ganze Land versinkt in Armut), so wichtig ist der Blickwinkel dieser Abhandlung. *H. H.*

Nationalstaat: Kritik

76 *Butterwege, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus.* 298 S., € 12,90 [D], 13,30 [A], sFr 23,- ISBN 978-3-531-15185-4

77 *Liedtke, Rüdiger: Wir privatisieren uns zu Tode. Wie uns der Staat an die Wirtschaft verkauft.* Bonn: Eichborn, 2007. 262 S., € 14,95 [D], 15,40 [A], sFr 26,70 ISBN 978-38218-5677-3

78 *Nolte, Paul: Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus.* München: dtv, 2007. 312 S., € 10,-[D], 10,30 [A], sFr 17,80 ISBN 978-3-423-34440-1

79 *Kuhn, Helmut: Arm, reich – und nichts dazwischen? Streifzüge durch eine veränderte Gesellschaft.* Bergisch-Gladbach: Lübbe, 200. 254 S., € 19,95 [D], 20,50 [A], sFr 35,50 ISBN 978-3-7857-2311-1

Staatsbürgerschaft im Wandel

Eine wichtige Rolle im Kontext der Zukunft des Nationalstaats spielt die Institution der Staatsbürgerschaft: sie sichert demokratische und soziale Zugangsrechte und gewährt als Instrument staatlicher Regulation Schutz vor der Durchsetzung einer reinen Marktgesellschaft. Dass und wie das Prinzip staatsbürgerlicher Rechte aus unterschiedlichen Motiven gegenwärtig in Frage gestellt oder auch ausgehöhlt, wie über Mitgliedschaft und Zugehörigkeit in der sich transformierenden Welt(-gesellschaft) gedacht wird und welche Modelle zukünftig möglich sein werden, ist Thema des Bandes **„Moderne (Staats)Bürger-schaft“**.

So hat der Neoliberalismus mit dem Imperativ eines „schlanken Staates“ (s. Butterwege u. a.) ein Verständnis von Staatsbürgerschaft hoffähig gemacht, das BürgerInnen nur noch als Konsumenten und Produzenten begreift und die Absicherung gegen die Risiken einer Marktgesellschaft an den Einzelnen delegiert. Was Aufgabe des Staates ist und was der Vertrag zwischen Staat und seinen BürgerInnen enthalten soll, stellt sich daher als

zentrale Zukunftsherausforderung, so die Herausgeber *Jürgen Mackert* und *Hans-Peter Müller*. Angesichts der Auflösung homogener Staatsvölker werden aber auch Formen von postnationaler Citizenship angedacht, die von Doppelstaatsbürgerschaften bis hin zur Weltbürgerschaft reichen. Die Zunahme von Flüchtlingen oder MigrantInnen ohne Aufenthaltstitel hat signalisiert, dass hier Handlungsbedarf besteht. Drei grundsätzlichen internationalen Beiträgen von „Klassikern“ zur Frage von Citizenship – *Thomas H. Marshall* arbeitet die Bedeutung sozialer Rechte heraus, ohne die die politischen nicht zu denken sind; *Talcott Parsons* erweitert diese um „kulturelle Rechte“, etwa den Zugang zu Bildung; und *Ralf Dahrendorf* streicht den gleichberechtigten Anspruch auf Partizipation aller als Errungenschaft moderner Staatsbürgerschaft heraus – folgen durchaus kontroverse Ausführungen zum Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Bürgern. *Peter Saunders* etwa plädiert für die gänzliche Privatisierung von Gütern und Dienstleistungen, Wohnen, Bildung und Gesundheit eingeschlossen; *Heinz Steinert* hingegen verweist auf die Formen der Exklusion, die von Staaten selbst ausgehen, etwa durch Reduzierung von Sozialleistungen. Postnationale Formen von Zugehörigkeiten, wie sie etwa in der EU-Bürgerschaft oder in der – sehr ungleichen – Rolle der Weltbürgerschaft gegeben sind, werden in der Folge thematisiert. *Thomas Faist* verweist auf den Exklusionscharakter nationaler Bürgerschaft im Kontext der „globalen sozialen Frage“, hält aber unter Bezugnahme auf die „systemische Differenzierungstheorie“ die Implementierung westlicher Sozialmodelle auf transnationaler Ebene für unrealistisch. Globaler Ungleichheit könne nicht durch eine „institutionelle Monokultur“, etwa über die Programme von IWF und Weltbank oder das Konzept von Globale Governance und Nachhaltigkeit, begegnet werden, sondern nur durch differenzierte Formen der Partizipation der Bürger, denn „politische Bürgerschaft“ bleibe substantielle Voraussetzung für „soziale Bürgerschaft“ (eine Sichtweise, die freilich auch zur Legitimation des Status quo missdeutet werden könnte). Das im letzten Abschnitt diskutierte Spannungsverhältnis zwischen der Förderung von Vielfalt bzw. Differenz (z. B. Minderheitenrechte) und der Gefahr von Partikularismen, die der Ethnisierung von Gesellschaften Vorschub leisten (*Claus Offe* hält diese mit moderner Staatsbürgerschaft nicht vereinbar) macht noch einmal deutlich, wie wichtig Staaten auch in Zukunft im Hinblick auf die Gewährleistung von Bürgerrechten sein werden, auch wenn die nationalen Identitä-

ten im Sinne von Staatszugehörigkeiten geringer werden.

Der zwischenstaatliche Abstimmungsbedarf steigt mit der Mobilität auch der BürgerInnen, etwa was die Anerkennung von Ausbildungen oder die Mitnahme von Sozialleistungen bei einem Ortswechsel anbelangt. Aufgrund der Komplexität der zu regelnden Bürgerrechte und -pflichten bezweifeln die Herausgeber jedenfalls, „ob die nationale Staatsbürgerschaft tatsächlich ein Auslaufmodell ist“ (S. 21). *H. H.* **Staatsbürgerschaft**

80 **Moderne (Staats)Bürgerschaft.** *Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies.* Hrsg. v. *Jürgen Mackert* ... Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss., 2007. 417 S., € 39,90 [D], 41,10 [A], sFr 71,20 ISBN 978-3-531-14795-6

Politik in der Krise?

Man müsse nicht glauben, Komplexität sei neu, nur weil das Wort in den letzten Jahren besonders häufig verwendet wird, so *Joachim Raschke* und *Ralfs Tils* pointiert in ihrer umfangreichen Abhandlung über „Politische Strategie“. Dennoch konstatieren die beiden, dass Politik in den letzten Jahrzehnten schwieriger geworden sei, weil „Wachstum nicht wie zuvor als Problemlöser wirkt“, weil „die Verschränkungen zwischen Nationalstaaten zunehmen“, weil „die Interdependenzen zwischen den Politikfeldern unser Wissen überschreiten“, nicht zuletzt, weil – und diese Annahme wäre auch kritisch zu hinterfragen – „die gesellschaftlichen Adressaten von Problemlösungen nicht mehr die größeren Kollektive mit den berechenbaren Interessenslagen, sondern Bürger in pluralisierten und individualisierten Lebenslagen sind“ (S. 11). Die internen Krisen der Parteien – Fragmentierungsprozesse, neue Führungs-Mitglieder-Konflikte – würden die Handlungs- und Regierungsfähigkeit weiter einschränken. „Personalisierung“ könne, so die Experten weiter, zwar gelegentlich ablenken, aber die Probleme auch verschärfen, „weil sich nun die Erwartungen an erfolgreiche Politik ungeteilt auf eine Person richten, die aber tatsächlich aus dem politischen System der Arbeitsteilung und Gegengewichte nicht entlassen ist“ (S. 12). Kritisch wird auch die boomende „Beratungsbranche“ der Consulting- und PR-Firmen eingeschätzt, die „Strategien“ verspreche, meist aber lediglich mit „Ad-hoc-Aussagen, allgemeinen Formeln, unsystematisch aus strategischem Management und Kriegswissenschaft zusammengetragenen Versatzstücken“ (ebd.) operiere. Zur „Schwachstelle Politikberatung“ komme die „Leerstelle Politikwis-





„Die Wähler haben an Autonomie und Optionsvielfalt dazu gewonnen, wo sie früher als Stammwähler 'eingefrorener' Parteiensysteme und Angehörige von Milieus stabile Basisgrößen in Berechnungen von Mobilisierungsprozessen abgaben.“
(Raschke/Tils in **81**, S. 11)



senschaft“, die sich bisher – der „naturwüchsigen Arbeitsteilung“, dass „Strategie und Taktik zum Know-how und Handwerk der Praxis gehört“ folgend – des Themas Beratung nicht bzw. zuwenig angenommen habe. Diese Lücke wollen die Experten – Raschke lehrt Politikwissenschaft an der Universität Hamburg, Tils ist am Zentrum für Demokratieforschung der Universität Lüneburg tätig – mit ihrem Grundlagenwerk schließen. Der Band bietet eine ausführliche Darstellung des Grundmodells der Strategieanalyse und des „Strategy-Making“, welches im letzten Teil an Fallstudien zur Politik der SPD von 1958 bis zur Gegenwart konkretisiert wird. Einer durchaus „kohärenten“ Strategie bis herauf zur Ära Schmidt – so in Kürze und selbstverständlich etwas verkürzt – sei ab Mitte der 1990er-Jahre eine „fragmentierte“ Politik gefolgt, die unter Kanzler Schröder zur Ad-Hoc-Politik „situativen Regierens“ verkommen sei.

Auch wenn die WählerInnen wie die Medienlandschaft pluraler geworden sind, so warnen die Autoren in ihrem Ausblick vor der Falle eines „reinen Situationismus“ in der Politik, der nur mehr auf Tagesaktualitäten reagiere. Strategisches Handeln finde zwar immer in Situationen statt, „ist aber situationsübergreifend orientiert“ (S. 530), was im „Spannungsverhältnis zwischen Problem- und Konkurrenzpolitik“ (S. 531) nicht immer leicht, aber doch notwendig sei. Strategiefähigkeit in diesem Sinne ist auch mehr als Leadership, sie beginnt mit dem „Aufbau der Handlungsfähigkeit von Kollektivakteuren“ sowie der Beteiligung der Parteiaktiven an Programm- und Strategiefindungsprozessen.

Das Resümee der Experten: Eine „strategisch aufgeklärte Praxis“ macht von Politikberatung, Demoskopie und PR-Vorschlägen Gebrauch, aber sie weiß „dass vertiefende strategische Reflexion von ihr selbst geleistet werden muss“ (S. 12). Dafür notwendig seien Zeit, Diskussionsräume und professionelle Mindeststandards. Diese (wieder) zu ermöglichen, wäre demnach ein wichtiger Schritt zur Wiedergewinnung des Politischen und der Stärkung von Demokratie in einer zusehends zur medialen Inszenierung (Info- und Politainment) verkommenen Politikarena.

Die Pluralisierung der Politikberatung positiver sehen die AutorInnen eines bereits 2006 vorgelegten Handbuchs, das den Anspruch erhebt, die „für eine einzelne Person kaum noch überschaubare Theorie und Praxis der Politikberatung“ vornehmlich in Deutschland, ergänzt um internationale Beispiele, auszuleuchten. Zunächst werden unterschiedliche handlungstheoretische Zugänge,

etwa aus der Perspektive der Wissenschaftssoziologie, der wirtschafts-, kommunikations- oder ingenieurwissenschaftlichen Sicht dargelegt.

Für PraktikerInnen von größerem Interesse dürfte der den theoretischen Grundlegungen folgende Abschnitt „Ressourcen und Akteure der Politikberatung“ sein, in dem in insgesamt 22 Beiträgen konkrete Beispiele der Politikberatung (Kommissionen, Beiräte u. a.) dargelegt werden. Auch die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags sowie die FachreferentInnen der Fraktionen fallen in diesen Bereich. Die folgenden Analysen von Politikberatungsprozessen in ausgewählten Politikfeldern von der Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Bildungspolitik über die Demografie- und Umweltpolitik bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik (Teil 3) thematisieren ebenfalls bundesdeutsche Befunde. Im letzten Abschnitt werden schließlich internationale Erfahrungen aus Frankreich, Großbritannien, Österreich sowie mit amerikanischen Think Tanks reflektiert. Auch wenn Politikberatung bedeutet, „Sachverstand“ in die Politik einzubringen, so gehe es – dies wird mehrfach als Trend hervorgehoben – verstärkt um die Rolle von Expertise im Schnittfeld von Politik und Öffentlichkeit. Politikberatung sei demnach auch Gesellschaftsberatung, wie etwa Claus Leggewie betont. Bunter ist auch die Beratungsszene geworden, die längst nicht mehr auf herkömmliche ExpertInnenkommissionen (universitärer Bestückung) beschränkt bleibt, sondern auch die Expertise von NGOs, Verbänden, Stiftungen oder privaten Think Tanks umfasst. Als Sonderbereich gilt noch immer die Einbindung der BürgerInnen als Experten etwa über Planungszellen, Konsensuskonferenzen oder Mediationsprozesse, die im Beitrag „partizipative Politikberatung“ dargestellt wird. Generell gilt, dass die Komplexität moderner Gesellschaft dazu zwingt, mit ungesichertem Wissen umzugehen. Politikberatung wandelt sich demnach von der Aufdeckung von Defiziten hin zur „reflexiven Aufklärung“. Denn: „Nicht-Wissen gilt nicht mehr als vorläufiger, defizienter Modus, sondern vielmehr als konstitutives Merkmal der Wissensgewinnung. Mit dem Anwachsen der Wissensbestände eröffnen sich demnach jeweils neue Horizonte des Nicht-Wissens.“ (Renate Martinsen, S. 140)

Zwei aufschlussreiche Bände, die jedoch vornehmlich an ein Fachpublikum gerichtet sind.

H. H.

Politikberatung

81 Raschke, Joachim; Tils, Ralf: **Politische Strategie. Eine Grundlegung.** Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss., 2007. 585 S., € 39,90 [D], 41,10 [A], sFr 71,20; ISBN 978-3-531-14956-1

82 Handbuch Politikberatung. Hrsg. v. Svenja Falk ... Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss., 2006. 622 S., € 49,90 [D]; 51,40 [A], sFr 89,- ISBN 978-3-531-14250-0

Image-Politik

Eine andere Strategie, in der Mediengesellschaft Aufmerksamkeit und damit WählerInnen zu gewinnen, analysiert der österreichische Journalist *Armin Wolf*.

Als „**Image-Politik**“ bezeichnet er das an Bedeutung gewinnende Phänomen des Einstiegs von Prominenten aus dem Unterhaltungs-, Sport- oder auch Mediensektor in die Politik. Die vermehrte Nominierung prominenter QuereinsteigerInnen, die in allen Demokratien zu beobachten sei und die der Autor v. a. am Beispiel österreichischer Parteien darlegt, interpretiert der US-Korrespondent des Österreichischen Rundfunks als „moderne Form politischer Kommunikation“ im Medienzeitalter, die eben mittlerweile nicht mehr auf die USA beschränkt sei. „Promis“ gelten dabei, so die zentrale These von Wolf, vor allem als „Werbeträger“ der Parteien: QuereinsteigerInnen erfüllen demnach die Funktionen der „Aufmerksamkeitsgewinnung“, des „Image-Transfers“ und der Ansprache bestimmter, „schwer erreichbarer Segmente der Wählerschaft (vote getting)“. Für die WählerInnen erfüllten sie die früher z. B. von Ideologien und Parteiprogrammen übernommene Funktion von „information shortcuts“: „Sie vermindern Informationskosten und reduzieren Komplexität.“ (S. 19) Somit seien Promis – von Ausnahmen wie dem Österreicherexport Arnold Schwarzenegger abgesehen – in ihrer Funktion als Kandidaten erfolgreicher als in ihrer Funktion als Politiker: „Viele von ihnen haben am Tag ihrer Angelobung – an dem die konkrete politische Arbeit beginnen sollte – ihre Funktion bereits erfüllt“ (ebd.).

Dass als Unterhaltung inszenierte Politik (siehe oben) aber auch neue gefährliche Dimensionen annehmen könnte, zeigt ein berichtetes Beispiel aus Großbritannien. Dort wurde erstmals ein Parlamentskandidat in einer casting show im Fernsehen ausgewählt. Per Televoting kürten die Zuschauer mit überwältigender Mehrheit einen vorbestraften ehemaligen Rechtsanwalt zum Sieger, der in seinem TV-Wahlprogramm die zwangsweise Kastration von Pädophilen, die Deportation von Immigranten und die Freigabe aller Drogen forderte. Seine Siegesprämie: der Sender finanzierte ihm eine Kandidatur bei der nächsten Wahl zum britischen Unterhaus, die allerdings (noch) erfolglos blieb (S. 14). *H. H.* **Politik: Medien**



83 Wolf, Armin: Image-Politik. Prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik. Baden: Nomos, 2007. 412 S., € 59,- [D], 60,70 [A], sFr 105,30 ISBN 978-3-8329-2874-2

Reformfähigkeit des Staates

Es reiche nicht, so der Politikwissenschaftler *Klaus Dieter Wolf*, den Reformstau der Selbstgefälligkeit der 1968er-Generation oder der Selbstverliebtheit der Spaßgesellschaft anzulasten (s. Rezension zu *Paul Nolte*), sondern es müsse den strukturellen Politikblockaden nachgegangen werden. Dies tut der von ihm herausgegebene Band „**Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?**“, der einen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gleichnamigen Titels dokumentiert. Dass es Handlungsbedarf gibt, wird in den Beiträgen vorausgesetzt; als zentrale Fragen gelten daher: Wo liegen die Gründe für die Reformblockaden? Und: An welchen normativen Maßstäben sollte sich Reform orientieren? Es handle sich weniger um eine „allgemeine Reformunfähigkeit“, sondern vielmehr um die „Unfähigkeit zur erfolgreichen Reform“ (S. 19), die Art des Zustandekommens und die Ziele von getätigten Reformen müssten daher ins Blickfeld gerückt werden, so Wolf.

Die Hauptbeiträge sind gegliedert in vier Abschnitte. In „Reform des Staates“ geht es um den Wandel des Subjekts moderner Politik im „zerfasenden Staat“ (*P. Genschel*), um die Verfassungsreform und ihre „Vetospiele“ (*F. Scharpf*) sowie die Rolle der Medien als „politische Institution“ (*F. Marcinowski*); im Kapitel „Reform im Staat“ werden unterschiedliche Interessensgruppen analysiert wie „Produzentengruppen“ (*E. Seils*), „Finanzmärkte im Kontext von Staatsverschuldung“ (*C. H. Fahrholz* u. a.) sowie die Zivilgesellschaft. Der Abschnitt „Reform ohne Staat?“ thematisiert u. a. neue Governancearchitekturen (*T. Risse*) sowie Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge (*P. Dobner*). Und da gute Forschung nicht ohne Selbstreflexion auskommt, wird schließlich auch die Reformfähigkeit der Politischen Wissenschaften zur Diskussion gestellt (*N. Deitelhof* u. a.).

Aus der Fülle der Beiträge sollen hier einige herausgegriffen werden, die für die Frage politischer Steuerungsfähigkeit die größte Relevanz aufweisen. Sehr nützlich erscheint die Aufbereitung der

„Prominente werden weniger als Abgeordnete für die Parlamentsarbeit rekrutiert denn als Kandidaten für Wahlen. Ihre Aufgabe liegt primär in der Darstellung, nicht in der Herstellung von Politik.“

(A. Wolf in **83, S. 18)**

Facts

Aspekte der Reformfähigkeit

Die Reformfähigkeit von Staat und Gesellschaft kann an fünf verschiedenen Aspekten ansetzen:

1. dem Subjekt der Reformen – wer ist „der Reformier“?
2. dem Objekt – wer oder was soll reformiert werden?
3. dem Ziel der Reformen – was soll die Reform erreichen?
4. der intentionalen Vorgehensweise – was ist die Reformstrategie?
5. der Zielerreichung – wie steht es um den Erfolg oder Misserfolg des Reformunterfangens?

(nach: Bremer Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“, in **84**, S. 37; mehr dazu vgl. www.staat.uni.bremen.de)

Grundlagen (der Transformation) von Staatlichkeit durch die Autoren des Bremer Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ (*Genschel u. a.*), in dem die These des „zerfaserten Staates“ durch Internationalisierung und Auslagerung ehemals nationalstaatlicher Aufgaben und die damit einhergehende „Verantwortungsverflechtung“ zwischen unterschiedlichen Akteuren aufgerollt wird.

Fritz W. Scharf, selbst Sachverständiger in der zuständigen Kommission, hält die deutsche Verfassungsreform für misslungen. Ihr Ziel, die deutsche Politik aus der „Politikverflechtungsfalle“ zu befreien (Vetorecht des Bundesrats, zu wenig Kompetenzen für die Länder) sei gescheitert: „Die Zustimmungsrechte des Bundesrats wurden in politisch wichtigen Fragen nicht vermindert, sondern eher vermehrt, und die Erweiterung der landespolitischen Handlungsmöglichkeiten blieben hinter dem Nötigen und Möglichen weit zurück.“ (S. 47) *Lars Holtkamp* räumt den Kommunen höhere Reformfähigkeit ein; Gründe lägen u. a. in stärkerem und unmittelbarerem Druck von „unten“, in der „Dominanz des Verwaltungschefs gegenüber den Ressorts“, der geringeren Komplexität und Größe der Verwaltungsorganisation sowie dem stärker spürbaren Finanzdruck (Haushaltskrisen werden durch Intervention der Kommunalaufsicht sofort spürbar, Haushaltsnotlagenregime werden vom jeweiligen Innenministerium quasi verordnet).

Während der Beitrag über die Beziehung von Finanzmärkten und Staatsausgaben die zunehmende Abhängigkeit der Sozialpolitik von der Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Regierungen untersucht, stellt sich *Eric Seils* der aufschlussreichen Frage nach den Interessen unterschiedlicher Produzentengruppen an sozialpolitischen Reformen. Da die mit dem Kapital verbundenen Interessen unabhängig vom Sektor generell auf den Abbau sozialer Leistungen drängen (und damit auf Erhöhung sozialer Unsicherheit), wäre al-

lein aus Eigeninteresse eine differenziertere Strategie ratsam. Nur stark exportorientierte Branchen können die Binnenkonsumnachfrage vernachlässigen, dazu zählt etwa die Autoindustrie (erwirtschaftet 2,8% des BIP, stellt aber 25 % der deutschen Exporte). Jenes Gros an Sektoren, die vor allem auf Binnennachfrage angewiesen sind, müssten eigentlich, so Seils, Interesse an sozialer Sicherheit und hoher Kaufkraft der BürgerInnen interessiert sein, was aber aufgrund des einzelwirtschaftlichen Kalküls der Unternehmen nicht geschehe. Die Rolle der Medien, die in diesem Review zur Politischen Steuerung bereits angesprochen wurde, erfährt im vorliegenden Band die Ausweitung um eine zusätzliche Facette. Die Bedeutungszunahme medialer Aufmerksamkeitserzeugung habe, so *Frank Markinowski*, auch zu einer weiteren Personalisierung der Politik (Zuspitzung auf Spitzenkandidaten) geführt, was diesen – sofern sie die Wahl gewinnen, eine „quasi-direktdemokratische Legitimation“ (S. 105) unter Aushöhlung des Parlamentarismus gebe.

Hinsichtlich internationaler Governance-Fähigkeit führt *Thomas Risse* den hilfreichen Terminus „begrenzter Staatlichkeit“ ein, der Staaten umfasst, die „zumindest teilweise nicht oder nur begrenzt in der Lage sind, politische Entscheidungen zu treffen bzw. durchzusetzen“ (S. 233). Diese seien vornehmlich in der ehemaligen „Dritten Welt“ anzutreffen, in Enklaven aber auch in OECD-Staaten (wie die Pariser Vororte, Berlin Neukölln oder Süditalien). *H. H. Staat: Reform*

84 *Staat und Gesellschaft - fähig zur Reform?*

Hrsg. v. *Klaus D. Wolf*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2007. 343 S. (23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft) € 29,- [D],

29,90 [A], sFr 49,30

ISBN 978-3-8329-3007-3



85 *Ederer, Peer; Schuller,*

Philipp; Willms, Stephan: Geschäftsplan Deutschland. Stuttgart: Schäffer-Pöschel, 2008. 276 S.,

€ 24,95 [D], 27,95 [A],

sFr 43,70

ISBN 978-379102-730-2

Deutschland ist und bleibt ein beliebtes Thema einerseits für publizistischen Pessimismus, andererseits für Jubelstimmung und Muntermacher. So ist zu vernehmen, dass die Wirtschaft angeblich

wieder boomt und auch sonst sich seit der Fußball-WM 2006 vieles zum Besseren bewegt. Gleichzeitig folgen „Wahlergebnisse, die keine Regierung mehr hervorbringen (...) auf Politik, die keine Ergebnisse mehr hervorbringt“ und Weltkonzerne wie Nokia, BMW und Siemens kehren Deutschland den Rücken. Die Mächtigen, so die Autoren, „sehen paralysiert zu, wie die Herausforderungen schneller wachsen, als sie diese meistern können“ (vgl. S. 1). Ein Land, das vor 20 Jahren unangefochten zu den wirtschaftlich stärksten Nationen der Welt gehörte, findet sich heute meist im hinteren Drittel der OECD-Statistiken wieder. Eine Zukunftsstrategie fehle trotz boomender Wirtschaft nach wie vor.

Dies soll sich mit dem vorliegenden „Geschäftsplan Deutschland“ ändern, der versucht, Deutschlands Zukunft bis 2033 wie die eines Unternehmens zu planen. Dabei werden u. a. Alternativen zur kameralistischen Haushaltskonsolidierung aufgezeigt. Im Mittelpunkt stehen der Mensch und dessen Wohlstand. Der Weg dorthin führt nach Ansicht der Autoren (sie gründeten im Jahr 2000 den Think Tank „Deutschland Denken“) über das „Humanvermögen“, Bildung und Ausbildung. Nicht „Sparen und Verteilen“ lautet die Devise, sondern klug und strategisch investieren. „Wir können uns die Zukunft nicht ersparen“, wir können uns nicht gesund schrumpfen, heißt es da im Vorwort, Deutschland müsse und könne sich vielmehr „gesund wachsen“ – primär durch Investitionen in Humanvermögen.

„Geschäftsplan Deutschland“ bietet im Gegensatz zu unzähligen soziologischen Ratgebern, wie die Autoren im Vorwort selbstbewusst, aber um so mehr auch hinterfragenswert, betonen – ein Patentrezept: Nicht Einkommen, sondern v. a. Bildungs- und Partizipationschancen müssten erhöht werden. Insgesamt kommen die Autoren „zu dem Ergebnis, dass der Lebensstandard aller sich bis 2033 mehr als verdoppeln, die Wirtschaft 3,3 Prozent pro Kopf und Jahr wachsen und 10.500 Milliarden Euro in Humanvermögen investiert werden können“ (S. 2). Zwar wurden inzwischen einschneidende Reformen (wie z. B. Rentenkürzungen, Hartz IV) umgesetzt, dennoch hat dies nach Ansicht der Autoren nicht zur Entlastung auf dem Arbeitsmarkt und schon gar nicht zur Anhebung des durchschnittlichen Lebensstandards geführt. Es brauche also Lösungen, die nicht nur richtig, sondern auch politisch umsetzungsfähig und vor allem vermittelbar sind.

Ein Unternehmen in vergleichbarer Lage würde von den Eigentümern veranlasst, einen Geschäftsplan zu erstellen, um das Kerngeschäft ab-

zusichern. Für den Staat, so die Autoren, sei dies die Sicherung des Wohlstand [bzw. des Wohlergehens, A. A.] seiner Bürger: Er muss Freiheit und Sicherheit nicht nur heute, sondern auch in Zukunft gewährleisten.

Die Autoren fordern deshalb bis 2033

- die Verdopplung der Akademikerarbeitsplätze,
- eine Million qualifizierter Einwanderer anstatt nur 20.000 heute,

– eine Vervierfachung der Hochschulabsolventen und der Weiterbildungen sowie

– insgesamt 10 Millionen mehr Erwerbstätige.

Konkret müssen wir lebenslang in unsere Bildung und Ausbildung investieren. Geeignete Institutionen für lebenslanges Lernen gibt es derzeit nicht oder zu wenig. Es mangelt hauptsächlich an der Umsetzung neuropädagogischer Erkenntnisse, die belegen, dass 40-Jährige anders lernen als 20-Jährige und diese wieder anders als 60-Jährige. Für die Autoren ist es geradezu widersinnig, die Kapazitäten an den Hochschulen an Budgetvolumen zu koppeln. „Vielmehr muss die Nachfrage nach Humanvermögen die Kapazität und diese das Budget bestimmen, denn gemessen an ihren Erträgen sind die Investitionskosten für Hochschulausbildung gering.“ (S. 134)

Die Berechnung der Erträge zeigt, dass die Investition in Humanvermögen schon dadurch gerechtfertigt ist, dass ein promovierter Akademiker durchschnittlich mit 43 Jahren in seinem Erwerbsleben schon genauso viel verdient hat wie der Nicht-Promovierte bis zum selben Lebensjahr und er wird bis zum Ende seines Erwerbslebens das Doppelte verdienen. Für den Staat ist ein promovierter Akademiker auch insofern lukrativ, als er von ihm statistisch 2.023 Euro monatlich an Steuern und Abgaben erhält, während er an Ungelernte 255 Euro an Transferleistungen zahlen muss.

Der notwendige Strukturwandel hin zu noch mehr Dienstleistungsarbeit zeigt, am Beispiel eines Bäckers verdeutlicht, dass selbständige Handwerker vor allem dann ökonomisch reüssieren, wenn sie sich auf hochwertige Produkte spezialisieren.

Die Vorschläge zu Deutschlands Zukunftsplanung mit dem Ziel, den schon stattfindenden „Abstieg in die Mittelmäßigkeit“ aufzuhalten, sind insgesamt inspirierend und von „erfreulicher Zuversicht“ getragen, wie *Gerd Habermann* in seiner Rezension in der Neuen Zürcher Zeitung vom 25. 7. 2008 hervorhebt.

Man fragt sich, warum der hier vorgeschlagene „Geschäftsplan“ nicht längst in Politik und Wirtschaft auf fruchtbaren Boden stößt. A. A.

Geschäftsplan Deutschland

„Wenn Politik immer mehr in sektoralen Mehrebenensystemen oder public-private-partnerships entschieden und umgesetzt wird, dann gilt es in Zukunft, diese vielschichtigen Konstrukte selbst – und nicht allein den Staat – in den Blick zu nehmen, wenn nach Reformen, Reformfähigkeit oder Reformblockaden gefragt wird.“

(P. Geschel u. a. in 84, S. 44)

„Je höher die Investition in Humanvermögen, desto höher das Lebenseinkommen, desto niedriger das Risiko der Arbeitslosigkeit und desto zufriedener stellen die Arbeit.“

(P. Ederer u. a. in 85, S. 67)



86 **Mut zum Handeln.**

Wie Deutschland wieder reformfähig wird. Hrsg. v. Roman Herzog. Frankfurt/M.

(u. a.): Campus, 2008.

624 S., € 39,90 [D],

41,10 [A], sFr 69,80

ISBN 978-359338-650-8

Wie eine Reihe von Beiträgen zur Deutschen Befindlichkeit verspricht auch der Titel des vorliegenden Bandes gehaltvolle Ratschläge für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Herausgegeben von prominenten Mitgliedern des „Konvents für Deutschland“ unter der Leitung von Altbundespräsident *Roman Herzog*, hat sich dieser Kreis, angetreten als Beratergremium für die Politik, zur Aufgabe gemacht, die strukturelle Reformfähigkeit des Landes zu verbessern. Größter Erfolg war bisher der erste Teil der Föderalismusreform, die klarere Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern geschaffen hat. Genau hier setzt Herzog wiederum an, wenn er im selben Kontext neue Finanzbeziehungen fordert, damit die neue Autonomie auch umgesetzt werden kann. Herzog begründet den Reformbedarf im Interview mit *Claus Kleber* (ZDF-heute-Journal) mit dem Wunsch nach Perfektionismus, der in Deutschland massiv ausgeprägt sei und alles zu blockieren drohe. Jeder rufe hierzulande sofort nach dem Staat, und der „arme“ Staat sei daher überfordert. Deshalb schlägt der Altbundespräsident vor, staatliche Leistung einzeln zu betrachten: in Sachen Infrastruktur müsse etwa nicht alles vom Staat erledigt werden (vgl. 27).

Dieses erste Statement macht bereits deutlich, in welche Richtung es geht. Ganz so vernichtend wie beispielsweise „Kundenrezensionen“ bei Amazon, die von „Propagandamachwerk“, „Geschreibsel“ oder den „üblichen Plattitüden und Worthülsen (Reformstau, Globalisierung, Bürokratieabbau)“ sprechen, fällt an dieser Stelle das Urteil nicht aus. Eines ist jedoch klar, der „Konvent für Deutschland“ ist keineswegs so unabhängig und überparteilich, wie er sich gerne in der Öffentlichkeit gibt, und die Mitglieder sind bekannte (Ex-)Politiker vorwiegend aus dem konservativen Lager sowie Repräsentanten verschiedener Unternehmen wie IBM, RWE und Linde, auch wenn der eine oder andere SPD-Politiker oder sogar Grüne (*Oswald Metzger*) zu Wort kommen. Dies zeigen die insgesamt 28 Interviews in diesem Band, unter ihnen *Hans-Olaf Henkel*, *Otto Graf Lambsdorff*, *Jutta Limbach*, *Wolfgang Cle-*

ment oder *Manfred Pohl*. Alle machen sich Gedanken über das, was dem Land wirklich gut täte, wenn man einmal über die oft kleinkarierten politischen Debatten des Tages hinausblinke. Einiges davon ist verzichtbar, anderes wiederum durchaus lesens- und überlegenswert. Interessant sind auch die Ansichten der wechselnden Interviewer, vom ehemaligen „Spiegel“-Chefredakteur *Stefan Aust* bis zum Chefredakteur des „Focus“, *Helmut Markwort*. Der Gedankenaustausch zwischen *Otto Graf Lambsdorff* und dem Chefredakteur der „Welt“, *Thomas Schmid*, hat beispielsweise den Charakter eines historischen Seminars. Der FDP-Politiker setzt sich nicht nur vehement für eine stärker föderale Ordnung als Wettbewerbselement in Deutschland und Europa sowie für mehr Eigenverantwortung, weniger Staat und eine möglichst freie Marktwirtschaft ein, sondern kommt auch auf sein „Wendepapier“ aus dem Jahr 1982 zu sprechen. Das führte damals zum Koalitionswechsel der FDP und zum Ende der Kanzlerschaft von *Helmut Schmidt* (SPD). *Klaus von Dohnanyi* bringt es mit der Feststellung auf den Punkt, dass die Deutschen „Ordnung, Sicherheit und Gleichheit, aber nicht die Freiheit mit ihren Konsequenzen“ lieben. Der Sozialdemokrat will die Föderalismusreform verstanden wissen als eine Reform für mehr Freiheit und klarere Zuständigkeiten in der Republik und spricht dabei anstelle von Reformen von „kreativer Modernisierung“ (S. 75). Gesprächspartner ist in diesem Fall *Stefan Aust*, der mit seiner Meinung nicht zurückhält, etwa wenn er sich gegen Volksentscheide ausspricht, weil eine repräsentative Demokratie Repräsentanten braucht, „und wenn wir das Volk zu viel regieren lassen, dann kommt letzten Endes nichts dabei raus“ (S. 69).

Wolfgang Reitzle, Vorsitzender des Vorstands Linde AG fragt zu Recht, wie man für ein Land mit einem kurzatmigen politischen System langfristig nachhaltige Politik machen könne. Er hält viel von einer Transfergesellschaft von Wohlhabenden hin zu weniger gut Bemittelten. Die soziale Verantwortung gelte schließlich für alle, die diese tragen können und müsse „in Generationen gedacht“ werden (vgl. S. 600). Mit Blick auf Indien und China meint *Reitzle*, dass man diesen Ländern zwar nichts vorschreiben könne, sie aber so früh wie möglich für eine zukunftsfähige Wirtschaft sensibilisieren sollte. Man höre und staune: Als sich die Wirtschaftsgrößen und die hohe Politik vor Chinas Toren im Stundentakt anstellten, hatten die Unternehmen wohl eher zu erwartende Gewinne und Renditen im Sinn und nicht eine ökologische und sozialverträgliche Wirt-

„Und kein Mensch will soziale Systeme abschaffen, die dazu da sind, jenen zu helfen, die unver-schuldet in Not geraten sind.“
Aber, das ist etwas anders als eine staatlich geplante, dirigierte Gesellschaft, die auf die Bildung von Vermögen und Wohlstand reflexartig mit Umverteilungsplänen reagiert.“
(*W. Reitzle* in **86**, S. 602)

schaft.

Alles in allem wird also vielerorts Reform- und Veränderungsbedarf angemahnt, allein konkrete Vorschläge darf man sich von den Damen (3) und Herren (27) des Konvents eher weniger erwarten. Was sich im Allgemeinen ändern soll, sagen sie aber schon: Laut *Jürgen Großmann* (Vorstandsvorsitzender der RWE AG) etwa braucht Deutschland „nichts Geringeres als eine Revolution“, gewarnt wird dabei v. a. vor „den Gesetzesmachern“, und *Hans-Olaf Henkel* (ehemaliger BDI-Vorsitzender) möchte am liebsten alle Wahlperioden im Land auf 5 Jahre anheben und Wahlen zusammenlegen.

Dass, zusammengefasst, es einer Gruppe grauhäariger Herren (nebst einigen Damen) gelingen könnte, der breiten Masse zu vermitteln, welche Reformen und Veränderungen Deutschland braucht und warum, erscheint auch Christina Neuhaus auf Weltonline (www.welt.de/politik v. 30. 4. 2008) eher unwahrscheinlich. Offen bleibt ebenso die Frage, warum ehemalige Politiker und Manager nach ihrem Rückzug aus der Verantwortung Reformbedarf einmahnen, den in ihren aktiven Zeiten umzusetzen sie verabsäumt haben. A. A.

Reformpolitik: Deutschland



87 Klages, Helmut: **Die Zukunft ergreifen. Ein realistischer Ausblick auf die Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts.** Hamburg: merus-Verl., 2007. 191 S., € 17,90 [D], 18,10 [A], sFr 31,70 ISBN 978-3-939519-18-8

In Zeiten von Rezession und Pessimismus sind optimistische Beiträge zur aktiven Zukunftsgestaltung durchaus willkommen. Der vorliegende Titel des Soziologen *Helmut Klages* signalisiert genau dies, indem er den Aufbruch in erweiterte Räume der Lebensgestaltung beschreibt. Dabei geht der Autor von einer „weltgeschichtlichen“ Sonderstellung der Gegenwart aus, die sich einerseits als Chance auf ein höheres Entwicklungsniveau, andererseits aber auch als eine Krise offenbart, die die Gefahren des Rückschritts auf frühere Entwicklungsniveaus nicht ausschließt. Der Blick auf die Geschichte zeige, dass sich in den „entwickelten“ Teilen der Erde die Gesellschaften v. a. durch weitergehende politische, soziale und zivilisatorische Teilhabe auszeichnen. Es liegt also nahe, so Klages, dass ein Mehr an Teilhabe auch den weniger „entwickelten“ Ländern zugute kä-

me. Erklärtes Ziel des Autors ist es, durch die „Schaffung von Verantwortungsrollen“ die Grundlage für die Aktualisierung von Potenzialen der direkten Mitwirkung von Bürgern am politischen Prozess zu erreichen.

Zunächst aber gilt der Blick der Kritik vorhandener Reformorientierungen in den Industriegesellschaften. Bisher, so der Autor, scheitere die Politik an der gestellten Aufgabe einer „weiterführenden“ Krisenbewältigung. Klages wirft der politischen Klasse massives Versagen vor, ohne sie zugleich zu verurteilen. Man müsse ihr allerdings die Einsicht zumuten, dass ihr Reformverständnis reformbedürftig ist. Im „Rückblick auf den bisher eingeschlagenen Reformpfad und im Vorblick auf andersartige Anläufe“ habe sie einen selbstkritischen Lernprozess zu vollziehen, in den neben vielen Details auch fundamentale Aspekte eingehen müssten (vgl. S. 99). Möglichkeiten der Kurskorrekturen werden vom Autor in vier Bereichen formuliert:

1. Die Überwindung der Gleichsetzung von einzelwirtschaftlichem Denken und öffentlicher Reformzielsetzung. Dabei geht es um eine Reformpolitik, die eine ordnungspolitische Qualität anstrebt. Für ein entwickeltes Land muss sich darüber hinaus auch die Frage nach der Qualität der Arbeitsplätze, die ein Unternehmen anzubieten vermag, stellen. Auch die Senkung der Unternehmenssteuern wird als kontraproduktiv angesehen.
2. Die Aktivierung brachliegenden Humanpotenzials (siehe auch „Geschäftsplan Deutschland“ in **85**) in allen Gesellschaftsbereichen: „Das schrankenlose Gewähren lassen einer ungesteuerten einzelwirtschaftlichen Unternehmensrationalität führt (...) zu einer scheinbar unauflösbaren Verschmelzung von unternehmensinterner Rationalisierung und Kündigung, freigesetzter Arbeitnehmer, die durch das aktuelle Entbürokratisierungsverständnis legitimiert und noch weiter zementiert wird.“ (S. 116) Zur Aktivierung individueller wie kollektiver Potenziale plädiert Klages auch für die Einführung des Teilhabemodells „Bürgerkommune“ als allgemeinverbindliches Leitbild für Städte und Gemeinden zu verwirklichen (vgl. S. 127f.).
3. Die Teilhabe aller am zivilisatorischen Niveau eines Landes als Maßstab für Hilfe für Menschen in Notsituationen: Vorgeschlagen wird ein möglichst einfach zu handhabendes Verfahren der sozialen Grundsicherung in Form der „negativen Einkommenssteuer“.
4. Die Abkehr von wachsender Staatsverschuldung durch Steuerprogression bei höheren Ein-

„Eine Gesellschaft, welche die möglichst volle Ausschöpfung ihrer Humanpotenziale zum Leitziel erhebt, muss (...) die konsensuelle Kraft zu einem Belastungsausgleich in Entsprechung zur finanziellen Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder entwickeln können.“ (H. Klages in **87, S. 139)**

kommen. Darüber hinaus gelte es, finanzielle Reserven des Staates ausfindig zu machen wie etwa Steuergeschenke, „die ihre Entstehung einer gegenwärtig vorherrschenden Neigung des politischen Systems verdanken, zu Zwecken der Machterhaltung oder der persönlichen Vorteilerzielung bevorzugt Klientelinteressen zu bedienen“ (S. 136).

Die Befreiung der Politik aus der ökonomischen Gefangenschaft, hier als Perspektive postuliert, ist kurzfristig und auf nationaler Ebene kaum zu erreichen. Klages selbst hält es denn auch nur auf europäischer Ebene realisierbar.

Der eingangs angedeutete Blick auf die Entwicklungsländer mache, so der Autor, deutlich, dass es weder möglich noch sinnvoll sei, diesen von heute auf morgen ein „westliches Modell“ überstülpen zu wollen „und ihnen eine Entwicklungshilfe anzubieten, die von der Erfüllung von Liberalisierungsaufgaben abhängig ist“ (S. 178f.). Vielmehr bedürfe es einer „situationsgerechten Entwicklungsstrategie“, bei der ein Lernen von den so genannten „Entwickelerten“ durchaus angebracht, die Förderung der eigenen Humanpotenziale aber Vorrang haben muss. Die „Schaffung der Ausbildungsvoraussetzungen für anwendbare Qualifikationen“, die „employability“, könnte ein hochrangiges Leitprinzip sein (vgl. S. 169). Insgesamt ist der Blick auf konkrete Reformnotwendigkeiten in der Tradition soziologischer Abhandlungen gehalten. Den Leser erwartet also keine leichte Kost, doch enthält der Band auch eine Fülle verfolgenswerter Ideen. „Vor uns die guten Jahre“ – der Verweis auf einen Titel des prominenten Zukunftsforschers Herman Kahn, der diesem Band als Motto beigelegt ist – ist zwar von Optimismus getragen; für den Fall, dass die hier unterbreiteten Vorschläge auch umgesetzt würden, ist er nicht unbegründet. A. A. **Reformpolitik**

„Auf der europäischen Ebene ist das Erpressungspotenzial der Wirtschaft und damit auch ihre Chance der Machtausübung viel geringer, weil die EU zusammengekommen ähnlich wie die USA einen riesigen Markt verkörpert, auf den die ansässige Wirtschaft unter keinen Umständen verzichten kann.“
(H. Klages in **87**, S. 150)



88 Mittelstaedt, Werner: **Das Prinzip Fortschritt.** Ein neues Verständnis für die Herausforderungen unserer Zeit. Frankfurt/M. (u. a.): Lang, 2008. 201 S., € 19,80 [D], 20,40 [A], sFr 29,- ISBN 978-3-631-57527-7

Im Allgemeinen wird unter dem Begriff Fortschritt eine soziale, politische, ökonomische, vorwiegend technologisch fundierte Weiterentwicklung und Besserstellung für menschliche Gesellschaften und die sie bildenden Individuen verstanden. Heu-

te präsentiert sich der Begriff als komplexe, vielschichtige und auch widersprüchliche gesellschaftliche wie philosophische Kategorie. Bis in die 1990er Jahre des vorigen Jahrhunderts prägte Fortschrittsgläubigkeit die Denkweise der Menschen in den westlichen Industriegesellschaften. Der Glaube an den steten Fortschritt in Wissenschaft und Technik hat inzwischen der Ernüchterung, Skepsis und auch Verunsicherung Platz gemacht. Heute stellt sich für die Menschen in den Industriegesellschaften des Nordens die Frage, wie angesichts der zahlreichen Krisensymptome Fortschritt neu zu definieren sei, so Werner Mittelstaedt.

Er definiert das „Prinzip Fortschritt“ als Denkweise, die erforderlich ist, um die besten Lösungen für eine Vielzahl schwieriger gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen zu finden. Eine zeitgemäße Wahrnehmung globaler Probleme, ein erweiterter Verantwortungsbegriff und eine stärkere Hinwendung zum Humanismus seien dafür unabdingbar, ist der Herausgeber der seit 1981 erscheinenden Zeitschrift „Blickpunkt Zukunft“ überzeugt. Die zentrale These des vorliegenden Buches zielt auf die Etablierung eines neuen, nachhaltigen Fortschrittmusters, das von der Verantwortung des Einzelnen für die Verbesserung der Lebens- und Überlebensmöglichkeiten der menschlichen Zivilisation getragen wird. Dafür müssten viele Wert- und Handlungsmuster geändert werden, meint der Zukunftsforscher. Menschen dürften vorrangig nicht ihren ökonomischen Nutzen im Blick haben oder darauf reduziert werden, sondern müssten an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft teilhaben (können). Fortschritt, der eine gelingende Zukunft im Fokus hat, würde den meisten Menschen die wirklich wichtigen Dinge vermitteln. Was aber wäre konkret zu tun, um dieses hehre Ziel zu erreichen? Im vorliegenden Band werden zunächst die Triebkräfte des immer noch dominierenden Fortschrittmusters im Kontext lokaler und globaler Entwicklungstrends beschrieben, analysiert und kritisch kommentiert. Eine Schlussfolgerung des Autors daraus ist, dass diffuse Sicherheitsbedürfnisse, das Ausgrenzen von Menschen, die nicht zur so genannten „gesellschaftlichen Mitte“ gehören und die Zunahme sozialer Kälte immer mehr den Alltag prägen“ (S. 13). Zudem wendet sich Mittelstaedt gegen die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche durch das bestehende Fortschrittmuster (S. 14). Kritisch beleuchtet der Autor u. a. Themen wie Neoliberalismus, Massenmedien und die Zerstörung der Biosphäre durch den Menschen.

Der Entstehungsgeschichte des Fortschrittsgedankens ist der zweite Teil des Buches gewidmet, um anschließend Konturen eines nachhaltigen Fortschrittmusters zu entwerfen. Dieses müsste Wert- und Handlungsmuster für sämtliche gesellschaftlichen Institutionen und für jeden einzelnen Menschen beinhalten und somit zur Reduzierung von Krisen und Katastrophen der globalen Zivilisation beitragen (vgl. S. 143).

Die Forderungen bleiben indes meist zu allgemein. Der Wunsch nach einer Einsparung bei Militärausgaben (diese betragen 2005 laut „Official Development Assistance“ weltweit rund eine Billion US-Dollar im Vergleich zu den Ausgaben für Entwicklungshilfe von 83 Mia. Euro im Jahr 2006) zugunsten von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit, das Eintreten für politische Teilhabe oder der Appell für gesellschaftliche Akzeptanz und Integration von Minderheiten: sie alle sind zu begrüßen, kurz- und mittelfristig aber kaum umzusetzen. Ein nachhaltiges Fortschrittmuster im Sinne des Autors stellt sich nicht von selbst ein. So ist dieser Beitrag vor allem ein Appell zu einer „zweiten Aufklärung“, in der nicht Expansion, sondern Begrenzung, nicht Nationalismus, sondern Weltbürgertum, nicht Patriotismus, sondern Weltbewusstsein, nicht Dogmatismus, sondern Freiheit im Denken, nicht Trennendes, sondern Verbindendes, nicht Quantität, sondern Qualität den Ton des neuen Fortschritts vorgeben. A. A.

Fortschritt

„**Wohin steuert die Bundesrepublik?**“ – unter diesem Titel wurden politikwissenschaftliche Analysen über Deutschland zu den Bereichen „Wirtschaft“, „Demografischer Wandel“, „Staat und Medien“ sowie „Wissenschaft“ zusammengefasst. Der Volkswirt *Ronald Schettkat* sieht die Probleme Deutschlands nicht in einem zu wenig flexiblen Arbeitsmarktsystem begründet, wie dies die Regierungen Schröder/Fischer sowie die derzeitige Koalition unterstellten – Hartz IV sei gescheitert –, sondern in einer zu strengen Hartwährungspolitik der EZB sowie im sklavenhaften Festhalten an den Maastrichtkriterien. Die neoklassische Wirtschaftstheorie sei zu rigide und übrigens in den USA längst passé. Das langfristige Ziel ausgeglichener Haushalte mache Sinn, es brauche aber eine an den konjunkturellen Erfordernissen ausgerichtete Finanzpolitik: „Im Boom müssen Rückstellungen angelegt werden und dann können Strafen greifen, aber in der Rezession oder Stagnation muss eine expansive Fiskalpolitik unterstützt von der Geld- und Lohnpolitik zum Zuge kommen.“ (S. 19) Oder pointierter: „Keynes ist

tot, aber keynesianische Politik ist erfolgreich.“ (S. 17) Kontrovers diskutiert wird die demografische Frage. Der bereits seit 1972 in Deutschland beobachtbare Rückgang der Bevölkerung wird – so die These des Bevölkerungswissenschaftlers *Herwig Birg* – durch Zuwanderungspolitik (allein) nicht zu kompensieren sein. Nötig sei es deshalb, den Folgewirkungen des Bevölkerungsrückgangs für Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen, für den Zusammenhalt respektive Entsolidarisierungsprozess zwischen den Generationen sowie für die sozialen Sicherungssysteme mit neuen politischen Handlungskonzepten zu begegnen, etwa mit einer Abkopplung der Gemeindefinanzierung von der Bevölkerungszahl (das gegenwärtige System benachteilige Abwanderungsgemeinden) oder einer stärkeren Förderung von Familien. Denn derzeit gelte: „Von Kinder profitiert, wer keine hat.“ (S. 34) Auch der Zuwanderung seien soziale Verträglichkeitsgrenzen gesetzt, so Birg. Die Republik bewege sich auf eine „Multiminoritätengesellschaft“ zu, bei der die deutsche Bevölkerung in Großstädten bei den unter 40-jährigen „zu einer Minderheit unter anderen Minoritäten wird.“ (S. 40)

Der Politikwissenschaftler *Christoph Butterwege* setzt die Akzente anders. Er geht davon aus, dass die demografische Entwicklung im öffentlichen Diskurs als Mittel der sozialpolitischen Demagogie missbraucht werde und dass „Generationengerechtigkeit“ als „politischer Kampfbegriff“ für eine neoliberale Gesellschaftsausrichtung einzustufen sei (s. a. **76** in dieser PZ). Zwei weitere Beiträge thematisieren die Auswirkung der Alterung der Gesellschaft auf den Arbeitsmarkt. Der Soziologe *Harald Künemund* erinnert daran, dass Altersgrenzen „soziale Konstrukte“ und damit veränderbar seien. Der Politikwissenschaftler *Klaus Lompe* warnt davor, dass durch den quantitativen Rückgang des Arbeitskräfteangebots die qualitative Dimension der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig gebremst werden könnte. Unternehmen empfiehlt er, Konzepte zum produktiven Umgang mit „alternden Belegschaften“ zu entwickeln, was durchaus Sinn macht, auch wenn die These der demografisch bedingten Abnahme der Innovationsfähigkeit fragwürdig ist, hängt diese in einer High-Tech-Wirtschaft ja vornehmlich von der Quantität und Qualität der Forschungsanstrengungen ab. Diese sind Thema weiterer Beiträge des Bandes. Im Hinblick auf politische Steuerungsfähigkeit und Demokratie sei jedoch noch auf drei andere Aufsätze verwiesen, die aus unterschiedlicher Perspektive der Frage nach

„**Um unnötiges menschliches Leiden abzuwenden und um globale Zukunftsfähigkeit zu erlangen, sind deshalb qualitative und quantitative Verbesserungen der Lebens- und Überlebensbedingungen dringend erforderlich.**“
(*W. Mittelstaedt* in **88**, S. 14)

der politischen Wirkung der Zivilgesellschaft nachgehen. *Christine Landfried* sieht in der mangelnden Debatte über die geplante europäische Verfassung eine vergebene Chance, nicht nur die europäische Identität, sondern auch die Spielräume nationaler Politik zu stärken. Der Kommunikationswissenschaftler *Klaus Kocks* hinterfragt die These von der Rolle der Medien als „vierte Gewalt“, die die Zivilgesellschaft stärke. Auf dem Mediensektor dominierten, so seine Überzeugung, längst die „Gesetze des Marktes“ und es käme für Presseorgane, Rundfunkanstalten sowie für ÖffentlichkeitsarbeiterInnen von Unternehmen und Institutionen mehr denn je darauf an, jene Instrumente zu beherrschen, mit denen öffentliche Aufmerksamkeit „opportunistisch kanalisiert“ werden könnten. So schließt sich der Kreis zu politisch mündigen BürgerInnen und der Bedeutung politischer Bildung dafür. Interessante Erkenntnisse dazu liefert *Gerald Hüther*, der der Frage nachgeht, wie die Erfahrungen der erwachsenen Mitglieder menschlicher Gemeinschaft an die jeweils nachwachsende Generation weitergegeben und verankert werden. Anders als der biologistische Mainstream macht der Hirnforscher primär die „sozialen Prägekräfte“ dafür verantwortlich, was Kinder lernen oder nicht erfahren. Fast alles, was junge Menschen innerhalb ihres jeweiligen Sozialgefüges und Kulturkreises lernen, „beziehen“ sie von anderen Menschen, insofern fungiere das Gehirn in erster Linie nicht als „Denk-, sondern als Sozialorgan“, optimiert „nicht zum Auswendiglernen von Sachverhalten, sondern zum Lösen von Problemen“ (S. 155). Als Schlüsselqualifikation für morgen bezeichnet Hüther psychosoziale Kompetenz, also die Fähigkeit, „gemeinsam mit anderen Menschen nach tragfähigen Lösungen für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen zu suchen“ (S. 154). Um sie zu erwerben, bräuchten junge Menschen Vorbilder, „die diese Fähigkeit besitzen“, sowie Erfahrungen, die ihnen zeigen, „dass schwierige Lösungen nur gemeinsam mit anderen gefunden und umgesetzt werden können“ (ebd). Was kann getan werden? Es lasse sich mittlerweile nachweisen, so Hüther, „dass Angst, Stress, Überreizung und äußerer Druck die Herausformung komplexer Verschaltungen im Gehirn ebenso behindern wie Unterforderung, mangelnde Anregungen, Verwöhnung oder Vernachlässigung“ (S. 155). Rahmenbedingungen zu schaffen, die Überforderung wie Unterforderung vermeiden, ist demnach eine zentrale Aufgabe einer Chancen ermöglichenden Politikgestaltung.

Egmont Hass beschreibt in „**Globalisierung – das**

Ende der sozialen Marktwirtschaft?“ die zwei grundlegenden ökonomischen Denkschulen – Marktliberalismus und Keynesianismus – und ihre Rezepte einer angemessenen Reaktion auf die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Volkswirtschaftler bemüht sich, beide Sichtweisen möglichst sachlich darzustellen und die LeserInnen zu eigenständiger Bewertung anzuregen – etwa zwischen staatlicher Vorsorge und Eigenvorsorge, Massenkauftkraftsteigerung durch umverteilende Sozial- und Lohnpolitik versus Investitionsanreize für Unternehmen durch niedrige Steuern usw. Wertvoll hierfür ist auch die einführende Darstellung des Globalisierungsprozesses sowie der Außenwirtschaftstheorie, da gerade das Wirtschaftswissen der Bevölkerung eher schwach entwickelt ist und ökonomische Zusammenhänge meist sehr komplex sind (Wer weiß schon wie sich Wechselkurse auf den Außenhandel auswirken oder die Höhe der Löhne auf die Wettbewerbsfähigkeit?). In seinem Fazit kommt der Autor aber doch zum Schluss, dass es „keine unabwiesbaren Sachzwänge für einen weitgehenden Verzicht auf den Sozialstaat“ gebe, die aus ökonomischen und sozialen Zusammenhängen (Arbeitsmarkt, Globalisierung, Bevölkerungsstruktur) entstehen. Zwänge würden sich vielmehr ergeben aus der „Übermacht der Ökonomie gegenüber der Politik und aus der Vorherrschaft bestimmter Denkmuster, an denen sich die Politik orientiert – Standortwettbewerb, mehr Ungleichheit als Leistungsanreiz, Angebotspolitik zur Überwindung von Arbeitslosigkeit“ (S. 118). Dass mehr Gleichheit – oder besser gesagt – weniger Ungleichheit, der wirtschaftlichen Prosperität förderlich ist, beweisen nicht nur die hervorragenden Daten der egalitärer ausgerichteten skandinavischen Länder, sondern nunmehr auch der Entwicklungsbericht der Weltbank 2006, aus dem Hass die Aussage zitiert „Größere Gleichheit kann rascheres Wachstum fördern“. Na, dann ran an das Projekt „Umverteilung“! *H. H.*

Deutschland: Befunde

89 *Wohin steuert die Bundesrepublik? Einige Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft.* Frankfurt/M. (u. a.): Lang, 2007. 213 S. (Beiträge zur Politikwissenschaft; 90)

€ 40,- [D], 41,20 [A], sFr 71,40

ISBN 978-3-631-55763-1

90 *Hass, Egmont: Globalisierung – das Ende der sozialen Marktwirtschaft? Eine ökonomische Einführung.* Schwalbach: Wochenschau-Verl., 2007. 125 S., € 9,80 [D], 10,10 [A], sFr 17,15 ISBN 978-3-89974354-8



Politische Bildung

Sind wir machtlos der Sogwirkung des Unerhaltungssektors ausgeliefert? Oder kann Politische Bildung gegen die Erosion des Demokratischen helfen? Der interdisziplinäre Band „**Demokratie-Bewusstsein**“ versucht darauf zu antworten, auch wenn die Rolle der Medien als politische „Bildungsinstanz“ darin leider nicht thematisiert wird. Demokratisches Bewusstsein wird bezogen auf das Ziel, „dass die Menschen eine Vorstellung und ein Bewusstsein für die Bedeutung von allgemeinen Spielregeln und institutionellen Verfahrensweisen bei der Willensbildung und verbindlichen Entscheidung in einer komplexen Demokratie entwickeln können (S. 33). Die Beiträge beziehen sich u. a. auf die Verankerung von Kernkonzepten demokratischer Verfassungsstaaten im Bewusstsein der BürgerInnen wie Gemeinwohl, Repräsentation und Gewaltenteilung, die Bedeutung von Werte-Bildung sowie den Zusammenhang von Partizipation und Demokratiebewusstsein. Aufschlussreich erscheint ein Ansatz aus der Perspektive politischer Psychologie. *Hans-Joachim Busch* wählt darin den Zugang über den (von A. Giddens geprägten) Begriff der „Lebenspolitik“. Diese geht von „Subjekten“ aus, die in der Lage sind, ihre „Lebenspraxis“ im Zusammenhang mit den „großen gesellschaftlichen Erfordernissen in Zeiten der Globalisierung von Wirtschaft und Politik“ zu sehen. Eine „demokratische Persönlichkeit“ macht der Autor an vier Aspekten (S. 48ff.) fest: *Erstens* „Konstitutionelle Intoleranz gegenüber dem Krieg und der Schädigung der Umwelt“, was Busch als kulturelle Veredelung der Menschennatur im Sinne eines „psychosomatischen Fortschritts“ bezeichnet. Diese sei nur über eine „konfliktstarke Persönlichkeitsentwicklung“ des Kindes zu erreichen, was in der Familie und später weiteren Sozialisationsinstanzen erfordere, „dass Konflikte ausgetragen, durchsichtig gemacht werden, in einer Haltung der gegenseitigen Anteilnahme, Einfühlung, Achtung und Fairness.“ *Zweitens*, und das erscheint zunächst paradox, sei die Ausbildung von „Angsttoleranz bzw. Weltangst“ nötig. Auch wenn es (richtigerweise) heiße, Angst sei ein schlechter politischer Ratgeber, sei es genauso falsch, Angst zu ignorieren, und zwar Angst im Sinne von „ernsthafter Sorge“ vor Krieg, Zerstörung oder Verstärkung von Konflikten: „Kinder müssen von früh an erleben können, wie sich Erwachsene ernsthaft Sorgen machen und deshalb etwas verhindern, einer Gefahr begegnen wollen.“ Das *dritte* Merkmal einer demokratischen Persönlichkeit ist nach Busch am schwierigsten zu erreichen: die „Resistenzfähig-

keit gegenüber Massenregressionen und Aufrechterhaltung von Kritikfähigkeit sowie Vorurteilseinsicht“. Als Empfehlung nennt der Autor – was eher im Allgemeinen verbleibt – die Entwicklung eines „durch gelungene Sozialisation gestärkten Ichs“.

Empfehlenswert ist auch ein weiterer Sammelband über das „**Gelingen und Scheitern Politischer Bildung**“, der insgesamt nicht weniger als 46 Beiträge zu den Bereichen „Politische Bildung und Politikverständnis“, „Community Service, Partizipation und Protest“, „Moral und Politik“, „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, „Politik und Geschichte“ sowie „Schulisches Lernen und politische Bildung“ enthält. Der Glaube an die Wirksamkeit der Politischen Bildung sei, so die Ausgangsthese der Beiträge, durch die Sorge erschüttert worden, dass die Demokratie vielen Jugendlichen fremd bleibt oder sogar zum Feindbild wird. Der Band bietet „Problemdiagnosen zu misslingenden Lernprozessen“, er informiert aber auch über Beispiele „guter Praxis“ und über Interventions- und Präventionsstudien, die darauf abzielen, Jugendlichen einen leichteren Einstieg in die Welt der Politik zu verschaffen. Ein Kapitel „Medien und politische Bildung“ fehlt leider aber auch hier. *H. H.*

Politische Bildung

91 Demokratiebewusstsein. *Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung.* Hrsg. v. Dirk Lange ... Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss., 2007. 311 S., € 32,90 [D], 33,90 [A], sFr 58,70 ISBN 978-3-531-15525-8

92 Vom Gelingen und Scheitern Politischer Bildung. *Studien und Entwürfe.* Hrsg. v. Horst Biedermaier. Zürich (u. a.): Rüegger, 2007. 606 S., € 54,40 [D], 56,- [A], sFr 97,10 ISBN 978-3-7253-0838-5

Partizipation

„Governance“, so stellen die Herausgeber zu Beginn dieses Bandes fest, sei in der Sozial- und Politikwissenschaft zum „Zauberwort“ geworden. Die aktuellen Debatten um Chancen und Grenzen von Governance-Arrangements würden sowohl „den Wandel des politisch-administrativen Systems als auch die Konsequenzen der Globalisierung und Deregulierung umreißen“ und in diesem Kontext neue Kooperationsformen ausloten. Dem Prinzip Partizipation wird dabei eine zentrale Rolle zugeordnet.

Im Mittelpunkt dieses Bandes steht das Bemühen, die bisher getrennt betrachteten Ansätze zu Governance und Bürgerschaftlichem Engagement (BE) gemeinsam in den Blick zu nehmen und zu-



gleich Potenziale für die Weiterentwicklung und Vertiefung der Demokratie auszuloten. In einem ersten Überblick wird dabei auf die Unschärfe des Governance-Begriffs etwa im Hinblick auf die beteiligten Akteure und unterschiedlichen Handlungsebenen ebenso eingegangen wie auf die Zugänge zum Forschungsgegenstand (deskriptiv-analytisch oder normativ).

Der erste Abschnitt umfasst drei (meta-)theoretische Beiträge: *Brigitte Geißel*, Politologin am WZB Berlin, referiert den Stand der Debatte zu „Local Governance“ und „Zivilgesellschaft“ und analysiert Pro- bzw. Kontra-Argumente für die Verbindung der beiden Ansätze. Im folgenden Beitrag setzt sich *Jürgen R. Grote* zum Ziel, den „relativ abstrakten“ Begriff der „Governance“ durch gehaltvollere Beschreibungen (Local Governance, Local Governance Arrangements) näher zu bestimmen. Er hält die Einführung der „Assoziation“ als viertem Ordnungsmechanismus neben Staat, Markt und Gemeinschaft als sinnvoll. *Michael Haus* diskutiert zentrale Forschungspositionen zur Differenz von „Government“ und „Governance“ sowie die „Meta-Governance“-Positionen von Bob Jessop und Eva Sørensen. Zusammenfassend konstatiert der Autor „das berechtigte Beharren auf der Nicht-Vereinbarkeit von postfordistischer Regulierung und voll entfalteter Demokratie“ und plädiert für eine „Perspektive der gelungenen ‚Rückbettung‘ (Giddens) universal gewordener Institutionen in Praktiken lokalen Handelns“ (S. 89). Facetten von BE als Voraussetzung für und Folge von Local Governance ist der nächste Abschnitt gewidmet. Die Entwicklung vom Ehrenamt zum BE ist Thema von *Annette Zimmer*. Sie stellt u. a. fest, dass BürgerInnen als Ressourcen von Veränderung sowie als alternative Finanzierungsquelle durchaus ernst genommen werden. Allerdings sei (nicht nur, W. Sp.) in Deutschland noch kein klares Modell bzw. theoretisch und legitimatorisch fundiertes Konzept von BE zu erkennen (vgl. S. 105f.). Ein weiterer Beitrag untersucht die Rolle von Vereinen als Katalysatoren sozialer und politischer Kompetenzen, wobei in Anschluss an die Sozialkapital-Forschung nach Putnam die Bedeutung von Vereinen v. a. in der Bereitstellung von Wissens-Transfer, Netzwerk-Interaktions-Transfer und gemeinwohlorientiertem Transfer ausgemacht wird. Zu einem ähnlichen Befund gelangt auch *Wolfgang Vorkamp* (vgl. auch [95]), der die gesellschaftliche Integration und Vertrauensbildung durch Partizipation anhand einer empirischen Untersuchung in Ostdeutschland präsentiert.

Wie aber gestaltet sich BE im Kontext von Local

Governance konkret? Dieser Frage wird im dritten Kapitel nachgegangen. *Margit Mayer* etwa untersucht die Rolle von „Drittsektor-Organisationen als neue Partner der Verwaltung in der Restrukturierung lokaler Sozialpolitik“. Sie macht vor allem auf veränderte Rahmenbedingungen für freie Träger (härtere Konkurrenz zwischen etablierten und neuen Anbietern), gesteigerte Effizienzanforderungen („Arbeit um jeden Preis“), ungesicherte (Teilzeit-)Arbeitsverhältnisse und zunehmend schlechtere Förderkonditionen aufmerksam und gelangt zu einer überwiegend düsteren Gesamtsicht.

Der „Variationsbreite von Local Governance“ ist schließlich der vierte und letzte Abschnitt auf der Spur. *Holtkamp/Bogumil* stellen das Konzept der „Bürgerkommune“ im Kontext des Local-Governance-Ansatzes vor. Angestrebt wird dabei die Schaffung von Organisationsstrukturen, „die eine ressort- bzw. politikübergreifende Koordination der Bürgerbeteiligung ermöglichen.“ *Detlef Sack* widmet sich unter dem Titel „Spiele des Marktes, der Macht und der Kreativität“ dem komplexen Wechselspiel zwischen öffentlich privaten Partnerschaften und lokaler Governance und unterscheidet dabei drei Spielformen: die „New-Public-Management-Erzählung“, die „Anti-Liberalisierungs-Erzählung“ und die „Local-Governance-Erzählung“. Mit einem (überwiegend kritischen) Beitrag zu Public Private Partnership und Local Governance in der Kulturfinanzierung sowie zur Bedeutung „lokaler Bündnisse für die Familie“ als Beitrag zur „Erneuerung eines Politikfeldes vor Ort“ wird dieser in Theorie und Praxis gleichermaßen anspruchsvolle wie facettenreiche Band abgerundet.

Es ist wohl kein Zufall, dass der Titel dieser Sammlung mit einem Fragezeichen versehen wurde. Bei aller Euphorie oder zumindest begründeter Wertschätzung gegenüber dem Ansatz der Local Governance bleibt festzuhalten, dass viele Fragen offen sind, wenngleich nicht zu leugnen ist, dass in der Neuorientierung regionaler politischer Praktiken auch Erfolge zu verzeichnen sind.

W. Sp.

Local Governance

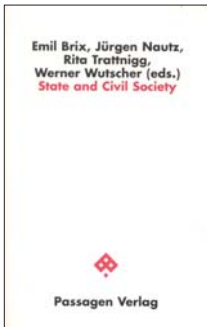
93 Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Hrsg. v.

Lilian Schwalb ... Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss., 2007. 320 S. (Bürgergesellschaft und Demokratie; 24) € 34,90 [D], 36,- [A], sFr 61,10

ISBN 978-531-15467-1



„Kein Beteiligungskonzept, keine Dienstanweisung kann bewirken, dass die ‚Bürgerkommune‘ von den beteiligten Akteuren auch entsprechend umgesetzt wird. Kooperative Verhaltensweisen von Politik und Verwaltung, wie z. B. die frühzeitige umfassende Information der Bürger über wichtige kommunale Planungsvorhaben, lassen sich nicht anordnen, sondern kommen am ehesten zustande, wenn die Akteure von diesen Verhaltensweisen überzeugt sind.“ (Holtkamp/Bogumil in [93], S. 238)



94 State and Civil Society. Ed. by Emil Brix, Jürgen Nautz, Rita Trattnigg, Werner Wutscher. Wien: Passagen Verl., 2008. 251 S., € 28,90 [D], 29,80 [A], sFr 50,58 ISBN 978-385165-829-3

Die 14 Beiträge dieses Bandes gehen im Wesentlichen auf eine Konferenz zurück, die 2006 an der Diplomatischen Akademie in Wien in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Forschungsgesellschaft und dem Lebensministerium durchgeführt wurde. Vielfältig und differenziert thematisieren die AutorInnen den aktuellen Status und Perspektiven im Verhältnis von Staat, Zivilgesellschaft [im Folgenden: Civil Society (CS)] und Europäischer Union, wobei durchgehend auf die wachsende Bedeutung der CS verwiesen wird, um „Good Governance“ und Nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Einleitend diskutiert *Jürgen Kocka* zentrale Aspekte der CS in Europa, deren Wurzeln bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen. Grundsätzlich sei CS geprägt durch (1.) ihre Einbettung im öffentlichen Raum, (2.) Selbstorganisation und individuelle Unabhängigkeit, (3.) eine positive Einstellung gegenüber Vielfalt und die Akzeptanz von daraus resultierenden Spannungen, (4.) das Prinzip der Gewaltlosigkeit sowie (5.) die Orientierung an globalen Themen. Trotz einer insgesamt positiven Bilanz der aktuellen zivilgesellschaftlichen Entwicklung benennt Kocka auch Defizite wie etwa die mangelnde Einbindung jüngerer und älterer Menschen sowie das Fehlen einer hinreichenden Präsenz auf europäischer Ebene. *Phillippe C. Schmitter* skizziert stimulierende Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement: seitens der Politik zählt er dazu u. a. den Zugang zu Prozessen der Entscheidungsfindung, Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie die Nichteinmischung in interne Angelegenheiten; Freiwilligkeit, soziale Kompetenz, Vertrauen und Altruismus werden zudem als individuelle Voraussetzungen benannt. Traditionelle und neue Formen von „Governing“ sind Thema von *Jan Kubik*, der den Weg von nicht-transparenten und oppositionellen Ausformungen hin zu legalen und rechtlich geschützten Ausprägungen der CS nachzeichnet. In demokratischen Gesellschaften hätte die CS unter anderem die Rolle des Agenda-Setting und Monitoring (von Rechtsprechung und Finanzwesen) sowie der Gewährleistung kultureller Vielfalt

eingenommen, bilanziert Kubik. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Zusammenhang von Demokratie, Familie und CS (*Paul Ginsborg*), dem Gender-Aspekt (*Sibylle Hardmeier*) oder beleuchten österreichische Spezifika: *Emil Brix* verweist auf die Stärkung des CS-Sektors in der österreichischen Politik, fordert aber auch mehr Transparenz und öffentlichen Raum für Prozesse der Entscheidungsfindung (vgl. S. 73).

CS auf europäischer Ebene

Eine Reihe von Beiträgen ist der Rolle der CS im Kontext der EU gewidmet. So präsentiert die Politologin *Gerda Falkner* Ergebnisse einer Studie, die die Umsetzung von EU-Recht auf nationaler Ebene zum Gegenstand hatte. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Implementierung von EU-Richtlinien „im besten Fall als eines von vielen Zielen in der Welt der heimischen Politik angesehen werde“ (nur 11% der 90 untersuchten Vorgaben wurden fristgerecht, aber nicht weniger als 69% erst mit bis zu zwei Jahren Verspätung in nationales Recht integriert (S. 77f.).

Einen vergleichenden Blick auf CS-Aktivitäten in Brüssel bietet ein weiterer Beitrag. Der „Active Citizenship“, deren Förderung die Programme ETGAGE und RE-ETGAGE zum Ziel hatten, bedeute mehr als den Vollzug des Wahlrechts, sondern wird als Quelle menschlicher Freiheit definiert, die in der Wahrnehmung persönlicher Interessen im öffentlichen Raum zum Tragen kommt (vgl. S. 131f.). Wenig überraschend ist CS-Engagement in Europa unterschiedlich ausgeprägt. Generell nehmen die skandinavischen Staaten, Finnland, die Niederlande und Belgien Spitzenpositionen ein; hingegen sind Menschen in den osteuropäischen Staaten für CS-Aktivitäten weit weniger zu motivieren. Ein Blick auf die Zahl der Vertretung nationaler Gruppen in internationalen NGOs und deren Präsenz im Europarat (Frankreich: 90, Schweiz: 32, Österreich: 13) sowie ein Ranking europäischer Staaten nach dem „Index of Global Civil Society“ (S. 160) runden dieses Kapitel ab.

CS im Kontext der Nachhaltigkeit

Und wie ist es um zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext nachhaltiger Entwicklung bestellt? *Emanuel Richter* stellt in seinem Beitrag zunächst die Dimensionen „konventioneller Sustainability“ – Zeit, Raum und „Substanz“ – zur Diskussion und wendet sich gegen eine „Ethik des Verzichts“ (S. 93); vorzuziehen sei „prudent reflexivity“. Nachhaltigkeit, so Richter weiter, sei im Grunde kein normatives Konzept „that is ab-

„Die Nonprofit-Organisationen fungieren inzwischen als verlängertes Arm der Verwaltung bei der Rekrutierung der lokalen Sozial- und Beschäftigungspolitik. Gleichzeitig haben sie sich zu Marktakteuren entwickelt, die mit kommerziellen Anbietern bei Beschäftigung und Arbeitsvermittlung konkurrieren und kooperieren.“
(M. Mayer in **93**, S. 179)

„Sustainability remains bound to discourses, to controversies about the 'good life', and to debates about the collective protection of 'life quality' under the conditions of collective coexistence.“
(E. Richter in **94**, S. 96)

le to equally guide all individuals on the globe. Instead, it remains bound to specific contexts of sustainable reaction“ (S. 95). Nachhaltigkeit müsse neben einer Beschreibung der globalen Herausforderungen die Möglichkeiten der politischen Reaktion sowie der normativen Folgen mit berücksichtigen, fordert der an der Universität Aachen lehrende Politologe. In eine ähnliche Richtung zielt auch Mitherausgeberin *Rita Trattnigg*, die dafür plädiert, Menschen zu sensibilisieren, anstatt zu instrumentalisieren. Offenheit, eine klare Definition von Zuständigkeiten, sachliche Kohärenz und Verständlichkeit seien zentrale Voraussetzungen gelingender Partizipation.

Mit Blick auf diverse aktuelle Aktivitäten zur Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie in Österreich regt *Trattnigg* die Implementierung eines „Code of Conduct“ an, der partizipativen Aspekten eine zentrale Bedeutung einräumt. Die Förderung von Nachhaltigkeitsprozessen auf regionaler und lokaler Ebene, der Ausbau einschlägiger Forschung, Erziehung und Information sowie die verstärkte Einbindung vor allem junger und älterer Menschen sowie von BürgerInnen mit Migrationshintergrund werden als zentrale Aufgaben benannt.

Der Band gibt einen ausgezeichneten, differenzierten Überblick über den aktuellen Stand und Perspektiven zum Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft. Er übertrifft in vieler Hinsicht die Erwartungen, die für gewöhnlich mit der Dokumentation einer Fachtagung verbunden sind. *W. Sp.*

Civil Society

„Die Einsicht in die integrativen Effekte in Folge aktiver gesellschaftlicher Teilhabe, selbst bei abweichenden politisch-ideologischen Haltungen und Einstellungen, macht deutlich, welche Wege gesellschaftlicher Integration auch bei gegebenen Differenzen offen sind.“
(W. Vorkamp in **95**, S. 242)



95 Vorkamp, Wolfgang: **Integration durch Teilhabe.** Das zivilgesellschaftliche Potenzial von Vereinen. Frankfurt/M. (u. a.): Campus, 2008. 258 S., € 32,90 [D], 33,90 [A], sFr 56,- ISBN 978-3-593-38496-2

Die Beantwortung der Frage nach Formen, Möglichkeiten und Notwendigkeiten für soziale und gesellschaftliche Integration wird in zunehmend pluralistischen Gesellschaften dringlicher denn je. Gegenwärtig, so der Sozialwissenschaftler *Wolfgang Vorkamp*, werde die Aufgabe gesellschaftlicher Integration nicht mehr dem Sozialstaat, sondern der so genannten „Zivilgesellschaft“ überantwortet. Diese gilt inzwischen als voraussetzungsreichste Form demokratischer Gesell-

schaftsorganisation, die auch ein hohes Maß an bürgerschaftlicher Kompetenz und Integration erfordert.

Die Erwartungen an Vereine und NPOs hinsichtlich ihrer integrativen zivilgesellschaftlichen Funktionen können aber aufgrund der Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung (zu Vereinen in Ostdeutschland) nur bedingt erfüllt werden. Denn in erster Linie schaffen diese Organisationsformen „soziale Begegnungsräume und bilden oder reproduzieren Kulturen und Milieus“ (S. 237).

Bezüglich Integration und Vertrauensbildung sind die zivilgesellschaftlichen Leistungen dann aber durchaus differenziert zu betrachten. Die bloße Mitgliedschaft allein, so ein Ergebnis der Studie, liefert noch keinen Hinweis auf einen höheren Integrationsgrad. Das heißt, dass offensichtlich die zivilgesellschaftlichen Leistungen mit unterschiedlichen Funktionen einher gehen und „sowohl von deren gesellschaftlich-ideologischer Platzierung ab(hängen) als auch von dem Maß aktiver Teilhabe, das sie den Mitgliedern bieten“ (S. 238). Die exemplarische Erhebung bei Vereinen in Dessau zeigt, dass integrative und vertrauensbildende Effekte hauptsächlich im Zusammenhang mit aktiver Teilhabe an spezifischen, begrenzten Sozialisationsmustern (Sport, Kultur) zu sehen sind. Vereine leisten jedoch nicht die Aufgabe einer Generalisierung von Vertrauen in allgemeine gesellschaftliche Institutionen. Diese hängt vielmehr von der Zustimmung zum Gesellschaftssystem und auch von der Parteipräferenz ab.

Vereine sind bisher aber fast ausschließlich im Bereich Freizeit, Kultur und Soziales aktiv. Um regulierend in gesellschaftliche Prozesse eingreifen zu können, „also Markt und Staat aus einer interessierten Öffentlichkeit heraus zu steuern“ – so ein zentrales Ergebnis der Erhebung –, sind Institutionen nötig, die politische und wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen. „Das Engagement im sozial-kulturellen Freizeitbereich taugt aber vor allem zur sozialen und kulturellen Integration und kann im Fall von religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten eine Abgrenzungsidentität befördern und gesellschaftliche Desintegration zur Folge haben.“ (S. 243)

Der Autor kommt zum Schluss, dass „abweichende Meinungen, differierende Lebensverhältnisse, unterschiedliche Kulturen und kontroverse Auffassungen nicht mehr qua Zustimmung“ integriert werden, sondern einen „diskursiven Prozesse aktiver Teilhabe und Konsensbildung“ erfordern. (vgl. S. 243) A. A. **Integration**



96 *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung.* Hrsg. v. Thomas Geisen ... Wiesbaden: VS-Verl., 2007. 348 S., € 39,90 [D], 41,10 [A], sFr 67,80, ISBN 978-3-531-15252-3

In einer Reihe von Veröffentlichungen beschäftigt sich der VS-Verlag für Sozialwissenschaften (www.vs-verlag.de) mit den Themen Migration und Partizipation von Jugendlichen. Es ist zweifellos keine neue bzw. originelle Erkenntnis, dass die politische und soziale Teilhabe jugendlicher MigrantInnen von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängt. Aber – und das zeichnet den vorliegenden Sammelband aus – dieser Befund wird hier differenziert belegt und erläutert. Ein expliziter Praxisbezug wird immer dann hergestellt, wenn etwa auf migrationsbezogene Bildungskonzepte in der Schweiz hingewiesen, der Vergleich von Bildungslaufbahnen von Jugendlichen in transnationalen Räumen in und außerhalb Europas in den Blick genommen oder eine Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen vorgenommen werden muss, die ohne bzw. mit gefälschten Papieren in die BRD einreisen (vgl. S. 68ff.).

Abhängig von Geschichte und Selbstverständnis einer Gesellschaft ist „Integration von Jugendlichen (...) ein voraussetzungsreiches Unterfangen, das für sein Gelingen soziale Partizipation als Praxis und Resultat zur Voraussetzung hat“ (S. 8). Dabei sind nach Ansicht der Herausgeber mindestens zwei Aspekte zu betrachten: nämlich die soziale Positionierung als Minderheitenangehörige (soziale Integration) sowie das „Aufwachsen“ in einer Gesellschaft (individuelle Integration). Jugendliche vollziehen in ihrem „Hineinentwickeln“ in die Gesellschaft zweifellos einen komplexen und auf vielfältigen sozialen und institutionellen Interaktionsbeziehungen beruhenden Prozess, „durch den sich die Möglichkeit der Partizipation als zunehmende Einbindung und Wirksamkeit in der Gesellschaft realisiert“ (S. 9). In den Beiträgen steht deshalb die Frage im Mittelpunkt, inwieweit soziale Differenzen und Zuschreibungen zu Formen der Benachteiligung führen und wie Jugendliche vor dem Hintergrund politischer und sozialer Grenzen die sozial-kulturelle Partizipation für sich subjektiv gelingend realisieren.

Im ersten Teil beschäftigen sich die AutorInnen mit „Konstruktionsprozessen von Jugend“. Der

Sozial- und Politikwissenschaftler *Thomas Geisen* gibt im Zusammenhang von sozialen Grenzen und Adoleszenz zu bedenken, dass die Hinwendung zur Gesellschaft für jugendliche MigrantInnen insofern prekär ist, als sie dem Primat der Mehrheitsgesellschaft gegenüberstehen, die sie auf vielfache Weise zu AußenseiterInnen macht. „Hierdurch wird der Verlauf der Adoleszenz beeinflusst, nicht zuletzt entsteht hier ein Bewusstsein darüber, dass die Gesellschaft für die MigrantInnen kein ‚sicherer Ort‘ ist“, so dass diese ihre Zugehörigkeit als bedroht ansehen (S. 39). *Katja Schikorra* (Diplomsoziologin) und *Rainer Becker* (Philosoph) versuchen in ihrem Beitrag „Drin bist du noch lange nicht ...“ mit Hilfe des Konzepts der „Biopolitik“ den administrativ-medizinischen Prozess zu analysieren, der bei einer Altersfeststellung von jungen Flüchtlingen vorgenommen wird. Es zeigt sich, dass die behördliche Festsetzung des Alters nicht nur „ein Bestandteil der aktuellen deutschen Flüchtlingspolitik“ ist, sondern dass die „Konstruktion der Phänomene Alter, Kindheit und Jugend“ als Ein- bzw. Ausschlussmechanismus verwendet wird, die die Lebensrealität sowie die Handlungsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven von Jugendlichen prägen (S. 82).

Im zweiten Teil liegt der Focus auf „Ausgrenzung und Integration“: In Erzählungen junger Menschen über ihre ersten persönlichen Rassismuserfahrungen zeigt sich, dass diese einen strukturellen, u. a. über die Medien vermittelten Sachverhalt darstellen. Für *Barbara Schramkowski* (promovierte Migrationsforscherin) stellt Rassismus auch ein Hindernis für eine soziale und gesellschaftliche Integration dar, weil jugendliche MigrantInnen ihre als erfolgreich geltende soziale Einbindung vielfach als vorläufig oder bedroht ansehen. Die Diplompädagogin *Karin E. Sauer* zeigt in ihrem Beitrag „Integrationsprozesse von Kindern in multikulturellen Gesellschaften“, wie abhängig die Integration von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist. Soziale Differenzen gehören für sie zu den entscheidenden Faktoren, die pädagogischen wie politischen Handlungsbedarf anzeigen.

Die Aufsätze des dritten Abschnitts beschäftigen sich mit Fragen von „Bildung und Mobilität“. Generell wird in modernen Gesellschaften ein enger Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Partizipationschancen konstatiert. Am Beispiel einer (vorwiegend) ausgrenzenden Praxis in Deutschland und einer partizipativen Praxis in Großbritannien wird die Bedeutung des rechtlichen Status von MigrantInnen für die künftige

„Die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts zeichnen sich durch soziale und kulturelle Heterogenität aus und prägen durch eine mehrfache Ausdifferenzierung und damit verbundenen Hierarchisierungen die Lebenslagen und Handlungsmöglichkeiten der Individuen.“
(Geisen/Riegel in **96**, S. 14)

„Eine umfassende gesellschaftliche Demokratisierung, wie sie etwa in einem kritisch verstandenen Multi-kulturalismus angestrebt wird (...), bildet (...) die Voraussetzung dafür, dass sich soziale und kulturelle Pluralität Gesellschaft ohne Zwang und Gewalt zur Anpassung entfalten könnte.“
(Geisen/Riege in 96, S. 24)

Realisierung von Bildung- bzw. Ausbildungsbestrebungen erläutert. Die Erziehungswissenschaftlerinnen *Sara Fürstenau* und *Heike Niedrig* beschäftigen sich mit Bildungslaufbahnen und Zukunftsorientierungen von Jugendlichen im Kontext transnationaler Migration. Bezug nehmend auf zwei Studien, in denen der „Marktwert von mitgebrachtem und unter Migrationsbedingungen erworbenem kulturellem Kapital“ minderjähriger Flüchtlinge aus Afrika thematisiert wurde, zeigen sich durchaus Perspektiven. So wird etwa festgestellt, dass „großzügige und positive Regelungen wie die europäische Freizügigkeit für EU-Bürger eine produktive Nutzung kultureller und sozialer Ressourcen für transnationale Laufbahnen ermöglichen“ (S. 257).

Im thematisch weit gespannten Bogen der Beiträge wird deutlich, dass die Möglichkeiten für Jugendliche mit Migrationshintergrund, sich gesellschaftlich zu engagieren und einzubringen, begrenzt sind. Als groß wird hingegen der Einfluss „dominanter kulturalisierender und problematisierender Diskurse (angesehen), in denen sich vielfach rassistische Prozesse der Ausgrenzung und Abwertung realisieren“ (vgl. S. 23). Darüber hinaus verfügen jugendliche MigrantInnen meist nicht über die gleichen sozioökonomischen Voraussetzungen zur Partizipation wie Einheimische.
A. A.

Integration: Jugendliche



97 *Jahrbuch 2008. Die globale Transformation menschenrechtlicher Demokratie.* Hrsg. v. Komitee für Grundrechte und Demokratie. Münster: Westfäl. Dampfboot, 2008. 263 S., € 20,50 [D], 21,10 [A], sFr 36,60
ISBN 9783896917362

Repräsentative Demokratie ist nicht nur „demokratisch fragwürdig, sie ist es ebenso menschenrechtlich“, heißt es im Editorial des vorliegenden Jahrbuchs des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“. Die Redaktion umreißt darin zunächst, wie es in Zeiten der Globalisierung um Demokratie und Menschenrechte aussieht, bzw. aussehen sollte: Es sei geboten, die politische Praxis darauf zu orientieren, „dass alle Menschen in ihren eigenen Kontexten und sozialen Organisationen auf der Erde prinzipiell die gleichen Möglichkeiten besitzen, sich als Menschen im Zusammenhang anderer Menschen zu entwickeln“ (S. 11). Diese Ansatz versteht Menschenrechte und Demokratie als Voraussetzung wie auch Garant

sozialer Selbstbestimmung mit ganz verschiedenen materiellen Formen und Akzenten, von der auch um unterschiedlicher Interessen willen nicht abgegangen werden dürfe (vgl. *Hannah Jacobs* in www.labor.net.de). Wie wir unschwer mit Blick auf das politische Tagesgeschehen feststellen können, sind wir davon weit entfernt.

Die Beiträge des Jahrbuchs konzentrieren sich v. a. darauf, aktuelle, demokratiegefährdende Schattenseiten der Globalisierung zu kritisieren, und weniger auf die Konkretisierung des eingangs formulierten Ansatzes. Ob dieser Tatsache ist, wie es scheint, selbst die Redaktion wenig angetan und spricht daher Aspekte dieses „Kritik- und Reformdilemmas“ dezidiert an: „Wo aber und wie lange hat es Sinn, den Herrschenden ihre eigenen, von uns anders mitgesungenen Melodien vorzuspielen, damit sie vielleicht ab und an einen richtigen Tanzschritt machen? Und wo und wann betrügen wir uns nur selber, sind darum kritisch und konstruktiv, sind nicht um der Menschenrechte und Demokratie, also um unserer selbst willen radikal, klar und eindeutig genug?“ (S. 14 f.)

In insgesamt elf Beiträgen wird den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nachgegangen, die die substanziellen Veränderungen liberaler Demokratie und immer schon eingeschränkter Menschenrechte weiter vorantreiben und Fragen nach einer radikal anderen Vergesellschaftung aufwerfen. *Wolf-Dieter Narr* und *Roland Roth* widmen sich dabei den historischen Transformationen im 19. und 20. Jahrhundert. Beide halten schließlich daran fest, dass trotz aller „kriegsträchtigen Problemakkumulation gegenwärtiger Globalisierung“ eine demokratisch menschenrechtlich angemessene Form politisch sozialer Organisation von unten nach oben erfolgen muss. (vgl. S. 43)

„Das Ende der liberalen Demokratie“ in der neoliberalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft konstatiert *Joachim Hirsch*, um auf Grundlage verschiedener sozialer und politischer Phänomene, die allesamt auf einen „sanften Totalitarismus“ hinausliefen, zu folgendem Schluss zu gelangen: „Es wird notwendig sein, neu zu definieren, was Demokratie auf nationaler und vor allem auch auf internationaler Ebene heißt, und dies institutionell zu konkretisieren.“ (S. 58)

Inzwischen gilt die globalisierungskritische Bewegung immer mehr als ein ernst zunehmender politischer Faktor. Ihr wird zugetraut, die weitere gesellschaftliche und politische Entwicklung wesentlich mitgestalten zu können. Diese Gedanken aufgreifend, geht *Dirk Vogelskamp* der Frage nach, welche Zukunft eine radikaldemo-

kratische linke Opposition haben könnte. Er verwirft allerdings die Erwartung, über repräsentativdemokratische Institutionen „globale soziale Rechte“ durchsetzen zu können und sieht in der Annäherung an den Staat nur eine neue sozialdemokratische Herrschaftspraxis (die Transformation der Linken), „hübsch eingeschlagen in ein wohlklingendes Projekt sozialer Gerechtigkeit und globaler sozialer Rechte“ (S. 167).

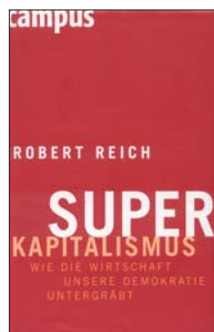
In weiteren Beiträgen wird beispielsweise der „exekutiven Ausnahmegericht als Regelherrschaft im ‘Global War on Terror’“ (Albrecht Funk), der Institution der Sicherungsverwahrung (Helmut Pollähne) oder mit Blick auf die aktuelle Parteienlandschaft dem „bundesdeutschen Lageruni-

versum“ (Tobias Pieper) nachgegangen. Birgit Sauer beschäftigt sich mit der Transformation der Geschlechterverhältnisse und der Remaskulinisierung der Demokratie, Annette Groth greift mit den „Economic Partnership Agreements“ die europäische Dimension dieses globalen Umbruchs auf, Ulrich Brand und Markus Wissen schließlich setzen in Anbetracht zunehmender ökologischer Konflikte auf eine „materialistische Menschenrechtspolitik globaler sozialer Bewegungen“.

Die insgesamt desillusionierenden Beiträge schließen mit einer umfangreichen Dokumentensammlung zum Thema Menschenrechte und Demokratie. A. A. **Menschenrechte: Demokratie**

„Der Zweck des Kapitalismus besteht darin, Anlegern und Verbrauchern gute Angebote zu machen. Der Zweck der Demokratie besteht darin, gemeinsam Ziele zu erreichen, die wir als Einzelpersonen nicht erreichen. Die Unterscheidung zwischen beiden wird aufgehoben, wenn Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen scheinen, oder wenn sie die Politik missbrauchen, um ihre Wettbewerbsposition auszubauen.“ (R. Reich in **98**, S. 291)

Ökonomie und Demokratie



98 Reich, Robert: **Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt.** Frankfurt/M.: Campus, 2008. 326 S., € 24,90 [D], € 25,60 [A], sFr 44,- ISBN 978-3-593-38567-9

„Ein Blick auf den Superkapitalismus der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts vermittelt Ihnen einen Eindruck davon, wie Deutschland in zehn Jahren aussehen wird.“ (S. 9) So beginnt Robert Reich die deutsche Ausgabe seines Buches über die Erosion der Demokratie. Was der renommierte Ökonom und Arbeitsminister in der Regierung Clinton unter Superkapitalismus versteht, weicht jedoch ab von der herkömmlichen Kritik am sich globalisierenden Wirtschaftssystem. Er zieht nicht her über die skrupellosen Unternehmen und auch nicht über das Finanz- und Börsensystem an sich – Unternehmen seien per se keine sozialen Einrichtungen, sondern darauf gerichtet, Gewinn zu machen, so die Überzeugung Reichs. Das zentrale Merkmal des „Superkapitalismus“ sieht der Experte in der Machtverschiebung von den ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen hin zu den VerbraucherInnen, die billige Preise verlangen, und den AnlegerInnen, die hohe Renditen erwarten. Und da die Rollen nicht strikt von einander zu trennen sind, sei die Lage komplexer als meist angenommen. Es handle sich beim Superkapitalismus – dies eine weitere zentrale These – um eine „paradoxe Erscheinung“, denn „wir sind in der Regel nicht nur Arbeitnehmer und Bürger, sondern

auch Verbraucher und in wachsendem Maße Anleger“ (S. 9f.).

Reich skizziert zunächst den Aufstieg der Demokratie in Verbindung mit einem regulierten Kapitalismus im „beinahe Goldenen Zeitalter“ und in der Folge den „Weg zum Superkapitalismus“, wobei er die Machtverschiebungen von der Sphäre der Politik und den Gewerkschaften hin zu den Verbrauchern und Anlegern anhand zahlreicher Beispiele und empirischer Belege illustriert. So waren im Jahr 1955 immerhin ein Drittel der Arbeitnehmer der US-Privatwirtschaft gewerkschaftlich organisiert, „2006 waren es gerade noch 8 Prozent“ (S. 108). Und die breitere Streuung von Aktienbesitz („Ende der 90er-Jahre waren die meisten US-Haushalte zu Aktienbesitzern geworden“ S. 130) hat die Wahrnehmung des Wirtschaftens verändert. Da der größte Teil der Vermögen jedoch weiterhin bei einer kleinen Oberschicht konzentriert bleibt und die Entwicklung tendenziell zum Abbau von Löhnen, Sozialleistungen und öffentlicher Infrastruktur führt, ist die Lage des Superkapitalismus ambivalent. Reich spricht von einem „Faustischen Pakt“.

Wo sieht der Ökonom der University of California Auswege? Nur wenn wir uns der Machtverschiebungen zu Ungunsten der Demokratie bewusst werden (s. a. Colin Crouch in **101**) und auch der Spaltung in us, bestünden Chancen auf Veränderungen. Der Ökonom fordert u. a. ein progressives Steuersystem, um Dinge wie Bildung oder eine öffentliche Krankenversicherung für alle finanzieren zu können. Er hält interessanter Weise nichts von der Besteuerung von Unternehmen, da diese ihre Bilanzen ohnedies steuerschonend gestalteten, vielmehr sollten die Gewinner

Wirtschaft: Demokratie

„Die Finanzseiten der Tageszeitungen, die früher allein von den Reichen gelesen wurden, sind heute beinahe so beliebt wie der Sportteil.“
(R. Reich in **98**, S. 130)

„Auch heute stehen die westlichen Verbraucher den dunklen Mächten, die unsere aktuelle wirtschaftliche Revolution antreiben, größtenteils blind gegenüber. Die Marktmatrix und das Illusionstheater der modernen Politiker verhindern, dass sie die wirtschaftliche Anarchie am Rande ihrer Welt wahrnehmen.“
(L. Napoleoni in **99**, S. 339)

hoher Profite, die Aktionäre, stärker besteuert werden. Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist das Kapitel „Politik auf Abwegen“, in dem Reich die problematische Personifizierung von Unternehmen als soziale Akteure kritisiert, die sich in Wohltätigkeit üben oder Sozialleistungen gewähren. Notwendig seien vielmehr politische Regelungen, die die angeprangerten Missstände per Gesetz unterbinden. Die Zurschaustellung „unternehmerischer Tugendhaftigkeit“ nehme nicht selten den Druck für politische Reformen, kritisiert der Autor. Statt „Corporate Social Responsibility“ bräuchten wir eine Stärkung der demokratischen Öffentlichkeit, die Regeln im Sinne des Gemeinwohls aufstellt. Denn: „Manager haben nicht den Auftrag, Unternehmensinteressen gegen das Gemeinwohl abzuwägen. Sie verfügen auch gar nicht über die Erfahrung, die nötig ist, um derartige ethische Fragen zu beantworten. Deshalb leben wir in einer Demokratie, in der die Regierung den öffentlichen Auftrag wahrnimmt, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu schaffen.“ (S. 258) Der Superkapitalismus lasse keinen Raum für tugendhafte Taten von Unternehmen, wenn diese der Bilanz schaden. Deshalb gebe es keine andere Möglichkeit, „als Unternehmen per Verordnung dazu zu zwingen, Dinge zu tun, die der Bilanz schaden“ (S. 266). Für kontraproduktiv hält Reich jede Form von Subventionierung oder Unterstützung von Unternehmen, z. B. um diese im Land zu halten oder Arbeitsplätze zu sichern. Die Vorstellung vom „patriotischen Unternehmen“ sei eine Illusion. Das Ziel müsse sein, „die Bürger wettbewerbsfähiger zu machen, nicht die Unternehmen“ (S. 287). Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik könne durch die Steuerfinanzierung von Wahlkämpfen oder die Verpflichtung von Fernsehkanälen zur „kostenlosen Ausstrahlung von Wahlwerbespots“ zurückgedrängt werden. Die Zivilgesellschaft könne gestärkt werden etwa durch die Möglichkeit, dass jeder Bürger über die Einkommenssteuererklärung eine bestimmte Summe (Reich schlägt 1000 Dollar im Jahr vor) an eine gemeinnützige Organisation, eine Umwelt- oder Bürgerrechtsgruppe, spenden kann. „Demokratie und Kapitalismus stehen auf dem Kopf“, resümiert der Autor (S. 270). Um dagegen anzukämpfen, brauche es neben strukturellen Veränderungen vor allem eines, eine bewusste Öffentlichkeit, was nicht leicht sei, denn „der erste und oft schwerste Schritt besteht darin, klar zu denken“. (S. 291). Das vorliegende Buch ist eine wertvolle Hilfestellung, diesen Schritt zu tun.
H. H.



99 Napoleoni, Loretta:
Die Zuhälter der Globalisierung. Über Oligarchien, Hedge Fonds, 'Ndrangheta, Drogenkartelle und andere parasitäre Systeme. München: Riemann, 2008.
382 S., € 19,- [D],
19,60 [A], sFr 33,25
ISBN 978-3-570-50090-3

Die politische Journalistin Loretta Napoleoni – sie arbeitet für führende Zeitungen wie „Corriere de la Sera“ und „Le Monde“ – hat mit „Die Ökonomie des Terrors“ (s. PZ 2/2004*112) internationales Aufsehen erregt. In ihrem neuen Buch zeigt die Autorin auf, wie die legale und illegale Bereicherung durch Ausbeutung anderer Menschen seit dem Sieg des Kapitalismus an Umfang und Brutalität zugenommen hat. Der Grund dafür liegt darin, dass Schurkenwirtschaft, so Napoleoni, in Umbruchsituationen besonders gedeihe.

Nicht von ungefähr datiert sie die Verrohung des globalen Wirtschaftssystems daher mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und belegt dies gleich im ersten Kapitel mit dem Aufschwung des Prostituiertenhandels in Osteuropa sowie der Etablierung der Neureichen in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Die im Zuge des gewalttätigen Zerfalls Jugoslawiens entstandene kriminelle Ökonomie in der Region bringt Napoleoni mit der Ausweitung der Aktivitäten der italienischen 'Ndrangheta, einem Abkömmling der Cosa Nostra, in Verbindung: diese soll die neuen Schmugglerwege für Menschen und illegale Waren nach Europa über den Balkan organisiert haben.

Weitere Abschnitte sind der internationalen Piraterie, dem Drogenhandel, dem boomenden Pornomarkt, der mit dem Internet neue Umsatzrekorde verzeichnet, der zunehmenden Kriminalität und Bandenbildung in den Städten der Wohlstandszonen, aber auch den Machenschaften von „Finanzdienstleistern“ wie Hedge Fonds gewidmet. Napoleoni hat ausgiebig recherchiert; sie reiht Schändlichkeit an Schändlichkeit – so werden natürlich auch die ausbeutenden Arbeitsbedingungen in den ausgelagerten Fabriken („Produktionszonen“) in Lateinamerika und Asien oder die Kriegsökonomien in Afrika thematisiert.

Die Autorin weist auf die wunden Punkte der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts hin und zeigt an zahlreichen Beispielen, wie eine deregulierte Wirtschaft aus den Fugen gerät. Das ist das Verdienst ihres Buches, doch Lösungsvorschläge darf man nicht erwarten – möglicherweise mit einer Aus-

nahme: Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und islamischer Staaten wird ein neues Gegengewicht schaffen und den Reichtum der Welt neu verteilen, so die Hoffnung der Autorin. Als ausgewiesene Kennerin des Nahen Ostens lobt sie das islamische Finanzsystem, das auf einem Spekulationsverbot basiere und nur Investitionen in ethisch vertretbare Bereichen erlaube (Geldgeschäfte erfordern Gutachten von geistlichen Rechtsgelehrten, so genannte „Fatwas“). Napoleoni nennt Malaysia, das sich im Zuge des Zusammenbruchs der asiatischen Finanzmärkte 1997 als erster Staat von den Vorgaben von IWF und Weltbank losgesagt hat, als Beispiel für dieses neue Finanzsystem, welches sich mittlerweile auf andere islamische Länder ausgebreitet habe.

Die regulierten Wirtschaftens Chinas sowie des Islam würden in Zukunft der „unregulierten Schurkenwirtschaft“ zusetzen, ist die Autorin jedenfalls überzeugt, und helfen diese in die Schranken zu weisen. „Die neue Weltordnung wird von einer unsichtbaren Achse regiert, die sich von Beijing nach Kapstadt erstreckt“ (S. 242), so beschreibt Napoleoni ein mögliches Zukunftsszenario. Afrika und der Nahe Osten werden die notwendigen Ressourcen für die neue Führung der Weltwirtschaft liefern, Europa und Amerika ihre Macht verlieren.

Auch wenn die Themen des Buches teilweise etwas unvermittelt nebeneinander stehen – offensichtlich hat die Journalistin aus ihrem reichen Fundus an Reportagen geschöpft –, so beschreibt es doch die dunklen Flecken des „westlichen Wirtschaftssystems“, das sich selbst so gerne Freiheit und Menschenrechte auf die Fahnen schreibt. Es erinnert daran, dass wir als KonsumentInnen tief in dieses System verstrickt sind, ohne es sehen zu wollen. Der Ausblick auf eine andere Weltwirtschaft zeigt schließlich, dass Alternativen denkbar sind, auch wenn keineswegs garantiert ist, dass diese vor Korruption gefeit wären. *H. H.*

Wirtschaft: Menschenrechte



100 Jenner, Gero:
Das Pyramidenspiel.
Finanzkapital manipuliert die Wirtschaft. Wien:
Signum, 2008. 319 S.,
€ 19,90 [D], 20,15 [A],
sFr 33,80
ISBN 978-3-85436-394-1

„Wer reich ist, zahlt keine Steuern“, „Klassengesellschaft – die Vorrechte der Geburt kehren zu-

rück“, „Die Privilegien der Reichen“, „Schulden – das Schwungrad der Umverteilung“ – Allein diese Kapitelüberschriften zeigen an, dass der Autor, von Beruf eigentlich Asienwissenschaftler, kein gutes Haar am gegenwärtig dominanten Wirtschaftssystem lässt.

Jenner problematisiert – wie andere auch – die Verschiebung der Steuerlast weg von den Unternehmen und Selbständigen hin zu den abhängig Beschäftigten (so ist der Anteil der Lohnsteuer in Deutschland von 34 Prozent im Jahr 1950 auf 80 Prozent im Jahr 2005 gestiegen, die Körperschaftssteuer sowie die veranlagte Einkommenssteuer der Selbständigen sind hingegen von 27 bzw. 39 Prozent auf 11 bzw. 7 Prozent geschrumpft (S. 25); oder – um auch ein österreichisches Beispiel zu bringen: „64 Prozent aller Unternehmen in Österreich (51.551 GmbHs und 886 Aktiengesellschaften) wollen schon 1999 so gewirtschaftet haben, dass kein zu versteuerndes Einkommen übrig blieb“ (S. 26).

Alarmierend ist für den Autor der negative Umverteilungseffekt des Zinseszinsystems, das „im Schnitt bereits 31 Prozent der Warenpreise“ verursache und Geld zu den ohnedies Begüterten verschiebe, denn nur sie sind in der Lage Kredite zu geben („Heute bezahlt die arbeitende Mehrheit die Lohnsteuer gleich zweimal – einmal an den Staat und einmal an ihre begüterten und von Steuern verschonten Nachbarn.“ S. 51). Damit in Zusammenhang bringt Jenner eine andere Negativspirale, jene der Verschuldung von Unternehmen sowie öffentlicher und privater Haushalte. Verschuldung mache nur dort ökonomisch Sinn, wo durch die Investition genug Wachstum entsteht, um die Rückzahlung der Schuld samt Zinsen nebst einem Mehrwert zu gewährleisten. Dies sei mittlerweile immer häufiger nicht der Fall. Neben der problematischen Staatsverschuldung („Privatisierungen sind immer nur Umschuldungen“, S. 77) führe auch die Verschuldung von Unternehmen zu wirtschaftlichen Risiken, so Jenner, da diese auf gesättigte Märkten treffen, mit ein Grund, warum die Spekulation mit Finanztiteln über Hand nehme. Da Gläubiger wie Schuldner diese Zwangslage nicht wahrnehmen wollen, spricht der Autor von einem „Pyramidenspiel“, das irgendwann einmal – analog den bekannten Kettenspielen – zusammenbrechen müsse.

Zur Beendigung dieser Negativspirale, die zu immer mehr Akkumulation von Vermögen bei den Reichen führt, schlägt Jenner etwas vor, was offensichtlich schon John Meynard Keynes in Erwägung gezogen hatte, die Einführung eines Negativzinses. Wer Geld hortet, wird mit einer Steu-

„Eine Neugestaltung des Geldsystems ändert nichts an jenem Wettbewerb von Ideen, Begabungen und persönlicher Leistung, womit die modernen Wirtschaftssysteme ihre spektakulären Erfolge errangen. Sie hebt nur den sozial schädlichen Reichtum auf, der an keine Leistung gebunden ist und neue Klassenschranken errichtet.“
(G. Jenner in **100**, S. 170f.)

„Nicht in den Schwierigkeiten des Rentensystems, nicht in der verteuerten Gesundheitsvorsorge, nicht in den Transferzahlungen an die neuen Bundesländern – die machen mit vier Prozent des BSP weniger als die Hälfte der neun Prozent der 'privaten Besteuerung' aus – liegt für Deutschland die größte Gefahr, sondern in jener fortschreitenden Konzentration von Macht und Besitz, die jede Solidarität zu ersticken droht und inzwischen die Gesetze für Wirtschaft und Politik diktiert.“
(G. Jenner in **100**, S. 259)

„Dass sich die Rückentwicklung ausgerechnet in den USA, der am stärksten zukunftsorientierten Gesellschaft der Welt, einem Land, das in der Vergangenheit der Vorreiter des demokratischen Fortschritts war, am radikalsten vollzieht, lässt sich allein mit dem Modell des parabelförmigen Verlaufs der Demokratie erklären.“
(C. Crouch in 101, S. 35)

„Wenn wir wollen, dass die Menschen das Gefühl haben, die Politik habe auch für ihr Leben Bedeutung, wenn wir wollen, dass neue kollektive Identitäten entstehen können, dann ist es unerlässlich, politische Programme zu entwickeln, bei denen die Probleme auf dem Arbeitsmarkt im Mittelpunkt stehen.“
(C. Crouch in 101, S. 147)

er belastet, wer dieses den Banken für – von einer Umlaufsicherungsgebühr abgesehen – zinsfreie Kredite zur Verfügung stellt, behält dieses in realer Höhe: „Dem Mehrwert des Geldes – der heutigen Basis für die unerhörten Privilegien einer Minorität – wäre mit einem einzigen Schritt die Grundlage entzogen, aber ohne dass deswegen das Geld für notwendige Investitionen ausbleiben würde.“ (S. 165) Anders als Regionalwährungen und Tauschsysteme, die immer nur Marktnischen besetzen, würde diese Reform das System insgesamt verändern. Warum das schlüssig klingende Konzept nicht umgesetzt wird, bleibt freilich offen. Die Widerstände bzw. Einwände dagegen werden vom Autor leider nicht thematisiert.

Vielmehr geht dieser im zweiten Teil des Buchs auf weitere Möglichkeiten der Umsteuerung ein. Einer davon bezieht sich auf die globale Zurückdrängung der Exportwirtschaft. Der begrüßenswerten „Globalisierung von Wissen und Können“ sollte nach Jenner eine „Regionalisierung der Erzeugung“ gegenübergestellt werden, denn „Vor-Ort-Produktion“ verschaffe den entwickelten wie den Entwicklungsländern entscheidende Vorteile. Internationale Konzerne sollten daher gehalten werden, „in jedem Wirtschaftsraum vor Ort produzieren“ zu müssen. Auch dieser Vorschlag hat hohe Plausibilität und empfiehlt einmal mehr das Überdenken der überbordenden Freihandelsidee, die – zumindest bislang – den Ärmeren keine Vorteile gebracht hat und bei uns zu immer größeren Turbulenzen führt. H. H

Wirtschaft: Geldsystem



101 Crouch, Colin: *Postdemokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 2008. 160 S., € 10,- [D], 10,30 [A], sFr 17,50 ISBN 978-3-518-12540-3

„Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheiten auch aktiv nutzt.“ Damit beschreibt der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch (S. 8f.) den Humus von Demokratie, um gleich hinzuzufügen, dass es um diesen nicht allzu gut bestellt ist. Die Demokratie befinde sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts

in einer paradoxen Situation, so der Autor. Sie sei, weltgeschichtlich betrachtet, an einem Höhepunkt angekommen: die Zahl der Länder, in denen zumindest einigermaßen freie Wahlen abgehalten werden, ist von 147 im Jahr 1988 (am Vorabend des Zusammenbruchs des Ostblocks) auf 191 im Jahr 1999 angestiegen. Wendet man allerdings auf die „gewachsenen Demokratien“ der westlichen Welt etwas differenziertere Indikatoren für die „Gesundheit des politischen Systems“ an, trübe dies den Optimismus, meint der Wissenschaftler an der University of Warwick und nennt als Beispiel die amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000, die – so „beinahe unwiderlegbare Beweise“ – in Florida schwerwiegend manipuliert worden seien ohne dass es Widerstand der Bevölkerung gegeben hätte („Offensichtlich kam es den meisten Menschen vor allem darauf an, überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen, um das Vertrauen der Aktienmärkte wiederherzustellen; dies war wichtiger, als zu ermitteln, wie die Mehrheit der Amerikaner denn nun entschieden hat.“ S. 8) Doch auch der Vertrauensverlust in die Politik in Europa, das sich breitmachende Desinteresse an politischen Themen, der Verlust an Öffentlichkeit in einer auf Unterhaltung fixierten Medienwelt, nicht zuletzt die neue Anfälligkeit für rechte Populisten signalisiere die Krise des Demokratischen.

Insbesondere konstatiert Crouch – wie mittlerweile ja viele andere auch – einen Verfall der Handlungsfähigkeit der Politik, die immer stärker unter den Druck von Wirtschaftslobbys gerät und „auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie weitgehend verzichtet“ (S. 10). Der Politikwissenschaftler spricht von einer parabelförmigen Entwicklung. Die Ausbreitung der Demokratie insbesondere in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts habe den „normalen Menschen auf der politischen Bühne“ Gehör verschafft und zu bedeutenden sozialen Errungenschaften geführt. Wenn nun der Einfluss privilegierter Eliten, ein Merkmal vordemokratischer Zeiten, wieder über Hand nehme, dann verfallende die Demokratie mit egalitärem Anspruch. Der Zenit der Parabel wird überschritten. Crouch nennt den Zustand, auf den wir nun zusteueren, daher „Postdemokratie“. In den einzelnen Kapiteln erläutert der Autor die Hauptmerkmale der „Postdemokratie“: *Erstens* den zunehmenden Einfluss der globalen Unternehmen (einschließlich der Medienunternehmen); *zweitens* die scheinbare Überwindung von sozialen Klassen („Der Umstand, dass viele Menschen davon überzeugt sind, es gebe keine sozialen Klassen mehr, ist selbst ein Symptom der Postdemo-

kratie.“ (S. 71); *drittens* die Schwächung von politischen Parteien und Gewerkschaften sowie *viertens* den Rückbau des öffentlichen Sektor und seine Kommerzialisierung, was den Einfluss der Politik weiter schwäche. Und die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche macht vor der Politik selbst auch nicht Halt – so (nicht nur) Crouch – und führt zu einem Zustand, an den wir uns immer mehr gewöhnen: „Die Annäherung demokratischer Wahlen – die eigentlich den Kern der staatsbürgerlichen Rechte ausmachen – an Marketingkampagnen, die relativ offen auf manipulative Techniken setzen, um Waren zu verkaufen.“ (S. 132)

Im Schlusskapitel „Und jetzt?“ findet man/frau einige Thearpienvorschläge. Zum einen gelte es, den globalen Konzernen und dem Finanzkapital Zügel anzulegen. Dies gehe nur in internationaler Abstimmung; die EU könne dabei, anstatt den USA im Bereich der Deregulierung nachzueifern, Vorreiter für eine globale Sozialpolitik werden. Zum anderen müsse es emanzipatorischen Parteien wieder gelingen, Menschen eine politische Identität anzubieten, indem sie ihre Sorgen und Interessen vertreten, z. B. hinsichtlich des Arbeitsmarkts. Nur so könne den Rechtspopulisten der Boden entzo-

gen werden, ist der Politikwissenschaftler überzeugt.

Nicht zuletzt setzt Crouch auf die neuen sozialen Bewegungen, ohne jedoch deren Rolle zu überschätzen. Parteien und Wahlen bleiben für ihn immer noch der Kern von Demokratie. Möglich seien aber auch hier Innovationen, wie die Änderung der Parteienfinanzierung („Die Bürger sollen selbst darüber entscheiden, welcher Partei ein bestimmter Prozentsatz ihrer jährlichen Steuerschuld zufließen soll.“) oder die Einführung direktdemokratischer Elemente wie Bürgerversammlungen analog den Geschworenengerichten („Zufällig ausgewählte Bürger könnten einen Monat lang einige Gesetzesentwürfe, die ihnen eine qualifizierte Minderheit der Parlamentarier zugewiesen hat, diskutieren und in der Folge verabschieden oder auch verwerfen“).

In Summe ein wichtiger Band, der den schleichenden Verfall demokratischer Strukturen beschreibt und dabei die Dialektik herausarbeitet, dass gerade die Erfolge der Demokratie, die mehr Menschen mehr Wohlstand gebracht haben, zu ihrer erneuten Schwächung führen, wenn diese als selbstverständlich genommen werden – ein Prozess, der freilich (auch dies zeigt der Autor) nicht

„Es muss gelingen, die Unzufriedenheit auf die wahre Ursache der Probleme zu lenken: die großen Unternehmen und ihr ausschließlich profitorientiertes Verhalten, das Gemeinschaften zerstört und auf der ganzen Welt die Verhältnisse instabil werden lässt.“

(C. Crouch in **101**, S. 152)

Ökologie - Nachhaltigkeit - Tourismus



102 Gege, Maximilian: **Unterwegs zu einem ökologischen Wirtschaftswunder.** Hamburg: Europ. Verl.-Anst., 2008. 308 S., € 22,- [D], 22,70 [A], sFr 38,50 ISBN 978-3-434-50615-7

Was vor 60 Jahren mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft gelang, soll heute durch ein ökologisches Wirtschaftswunder, durch die Ökologisierung von Politik und Wirtschaft realisiert werden: Vollbeschäftigung durch Millionen neuer Arbeitsplätze und den Umstieg auf erneuerbare Energie. Franz Alt nannte es in seinem Bestseller („Das ökologische Wirtschaftswunder. Arbeit und Wohlstand für alle“, 2002) „die humanste Vision für das 21. Jahrhundert“. In dieser Tradition stellt Maximilian Gege, Vorsitzender des grünen Unternehmensverbandes B.A.U.M., im vorliegenden Band seine Vision einer ökologisch nachhaltigen Wende vor. Für ihn scheint es absolut unverantwortlich, geschweige denn zukunftsorientiert, die Ab-

hängigkeit von Öl und Gas so mir nichts, dir nichts in Kauf zu nehmen und alleine auf die Kräfte des Marktes und die Interessen der Politik oder der saudischen Herrscherfamilien zu setzen. Wir sollten alles tun, um diese Abhängigkeit zu reduzieren und letztlich sogar zu beseitigen. Es gibt nach Ansicht des Autors nach zwar keine Patentrezepte, aber doch innovative, neue Wege der Umsteuerung. Gege's Blick richtet sich auf die nächsten zehn bis dreißig Jahre. Er hält nichts von Schuldzuweisungen oder Besserwisseri, sondern will konkrete Kooperationsleistungen zwischen Politik und engagierten Bürgern aus allen Bereichen der Gesellschaft sehen. Voraussetzung dafür sei globale Verantwortung (Dalai Lama) oder, um mit Peter Spiegel zu sprechen, ein „humanes Weltwirtschaftswunder“ unter der Voraussetzung, dass „endlich und tatsächlich der Mensch im Mittelpunkt stehen würde und nicht eine zunehmend einseitige Gewinn- und Machtanhäufung, der immer mehr menschliche Ideale geopfert werden“ (S. 179).

Durch das vom Umweltwissenschaftler dargestellte Zehn-Jahres-Konzept könnten weltweit vor allem im Bereich des Klimaschutzes unter Nut-

„Rezirkulation, Vermeidung eines ungehemmten Anwachsens von Entropie, die Schaffung kleiner wirtschaftlicher Einheiten sind demnach das Gebot der Stunde.“

(M. Gege in **102**, S. 37)

Tool 16 Vorschläge für eine „Klima-Energiewende“

1. Energieeffizienz durch einen separaten Zukunfts- und Klimafonds, der sich durch Einsparungen in Milliardenhöhe refinanziert.
2. Programm zur Gebäudesanierung
3. Abbau klimaschädlicher Subventionen in Höhe von rd. 25 Mia. €
4. Etablierung eines 1.650 Mia. Euro starken Zukunfts- und Klimafonds, der Mittel für die Realisierung energieeffizienter, energiesparender sowie erneuerbarer Energien vergibt.
5. Massiver Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
6. Massiver Einsatz erneuerbarer Energien
7. Verstärkte Nutzung von Ökostrom
8. Absatzsteigerung energie- und CO₂-sparender Produkte
9. Kennzeichnungspflichten über CO₂-Emissionen
10. Unterstützung durch Medien
11. Nachhaltigkeitsthemen in Schul- Lehr- und Ausbildungsplänen
12. Branchenweite Wettbewerbe, um energieeffizientes, nachhaltiges Wirtschaften zu fördern.
13. Klimarelevante Abgaben durch Adaption des Steuersystems
14. Förderung klimafreundlichen Verhaltens, z. B. eines Ernährungsstils mit mehr pflanzlichen und weniger tierischen Lebensmitteln
15. Informations- und Kommunikationskampagnen
16. Intensive Aus-/Weiterbildung von „Energieberatern“
(M. Gege in **102**, S. 198 - 205)

zung aller verfügbaren Technologien und Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze realisiert werden. Ein nachhaltiges Zukunftsprogramm sei nicht nur denk-, sondern auch problemlos finanzierbar, wie der Autor an einer Reihe von Modellprojekten erläutert. Als zentralen Baustein dazu stellt Gege die „Zukunftsanleihe“ vor. Das Prinzip ist denkbar einfach: Als Solidaritätsbeitrag legen sämtliche Bürger z. B. fünf Prozent ihres Geldvermögens (derzeit 4,7 Billionen Euro) und fünf Prozent der Erbschaften (200 Mia. Euro pro Jahre) freiwillig in einem Fonds an. „Dadurch werden Finanzmittel von 1.650 Mia. Euro (310 Mia. im ersten Jahr und 154 Mia. Euro im zweiten bis zehnten Jahr) freigesetzt, die zum großen Teil in die Zukunft unseres Planeten investiert werden können. Jeder Bürger erhält für seine Geldanlage fünf Prozent Zinsen, die eventuell steuerfrei gestellt werden sollten. Als weitere Maßnahmen schlägt der Autor die Senkung der Lohnnebenkosten, eine Reduktion der Staatsschulden und die massive Förderung von Bildung, Forschung, Entwicklung und Infrastruktur in den Ländern und Kommunen vor. (vgl. S. 168) Der größte Teil des Zukunftsfonds würde in erneuerbare Energien und Projekte zur Energieeffizienzsteigerung investiert. Der Autor präzisiert seine Ideen in einem 16-Punkte-Programm für den Klimaschutz bis 2020 mit dem Ziel einer 30- bis 40-prozentigen CO₂-Reduktion (s. Kasten). Mit dem Ausbau „grüner

Technologien“ bis 2020 wären seiner Ansicht nach etwa 500.000 neue Arbeitsplätze möglich. Mit dem Hinweis auf diverse Aktivitäten von B.A.U.M., der Umweltinitiative der Wirtschaft, die bereits zahlreiche eigene Projekte zum Klimaschutz (z. B. ein Solar-Schulprojekt, die Photovoltaik-Anlage auf dem Terminal 2 am Münchener Flughafen oder die Solarfassade an der Halle 7 der EXPO 2000 in Hannover, S. 192f.) initiiert hat, verweist Gege überzeugend auf die Potenziale einer Energiewende.

Statements zum Zukunftsfonds u. a. von *Michael Otto* (Otto-Gruppe), *Manfred Kohlhasse* (Weleda AG) oder *Andreas Troge* (Präsident des Umweltbundesamtes) sowie Gastbeiträge zum Thema Klimawandel, Energiekonzepte der Zukunft und Nachhaltige Entwicklung beschließen diesen überaus anregenden und in vielen Belangen sehr konkreten Band. Eine Pflichtlektüre. A. A.

Zukunftsfonds

103 *A Crude Awakening – The Oil Crash*. DVD, 2006. www.oilcrashmovie.com

104 *The Power of Community – How Cuba Survived Peak Oil*. DVD, 2006. www.powerofcommunity.org

„Erdöl“ ist wohl eines der meistdiskutierten Themen dieser Tage: Nicht nur aus dem Blickpunkt des Klimawandels, sondern insbesondere wegen der damit zusammenhängenden Teuerungswelle. Egal, ob wir Peak Oil – wie viele Wissenschaftler und Experten meinen - bereits erlebt haben und uns nunmehr auf fallende Fördermengen und kritische Energiesituationen einstellen müssen oder ob uns der Höhepunkt der Ölförderung in nächster Zeit noch bevor steht, wie die Erdölindustrie verlauten lässt; klar ist, dass wir auf das Ende des Erdölzeitalters zugehen.

Zwei Dokumentarfilme beschäftigten sich im Jahr 2006 aus verschiedenen Blickwinkeln mit diesem Thema: „*A Crude Awakening – The Oil Crash*“ von den Journalisten und Filmemachern *Basil Gelpke* und *Ray Mc Cormack* portraituren Erdöl als Hauptfaktor der Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. So gut wie alle wirtschaftlichen, technischen und materiellen Errungenschaften sowie der gesamte Lebensstandard der westlichen Welt basieren auf den Energieressourcen, die durch die Verbrennung von Erdölprodukten gewonnen wurden. Dass dieser einzigartige Energieträger nicht unbegrenzt vorhanden ist, und welche weltwirtschaftlichen, gesellschaftlichen Probleme und Konfliktpotenziale bei geringer werdenden Ölvorräten zu erwarten sind, dem geht die Dokumentation mit Interviews weltbekannter Expert-

Innen nach und kommt unter anderem zu dem Schluss, dass „wir auf eine vollkommen neue Welt- und Lebenssituation zugehen, von der wir noch kaum wissen, wie wir mit ihr umgehen sollen. Und doch ist diese Situation nur noch wenige Jahre entfernt“.

„*The Power of Community – How Cuba Survived Peak Oil*“, eine Dokumentation von *Faith Morgan, Pat Murphy* und *Megan Quinn*, widmet sich dem Thema aus einer gänzlich anderen und bislang wenig beachteten Perspektive: Kaum ein anderer Staat auf diesem Planeten hat eine derart reichhaltige Erfahrung im Umgang mit knappen Energieressourcen wie der jahrzehntlang unter Embargo stehende Inselstaat Kuba. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 erlebte das Land einen beispiellosen Energiecrash. Hier stießen die DokumentaristInnen auf quasi modellhaft vorgelebte wirtschaftliche und gesellschaftliche Strategien, wie die Aufrechterhaltung der Lebensqualität trotz äußerst begrenzter Energieressourcen durch kreative Lösungen möglich ist. So verfügt Kuba über ein hervorragend organisiertes Netzwerk aus kleinbäuerlichen Betrieben, die die Versorgung der Bevölkerung mit biologischen Nahrungsmitteln ohne den Einsatz petrochemischer Düngers bewerkstelligen. In einer politischen Initiative wurden alle verfügbaren Grünräume mittels moderner von Agrarwissenschaftlern begleiteten Methoden nutzbar gemacht und die lokalen und urbanen Gärten der Bevölkerung übergeben. Dieses und andere Beispiele zeigen eindrucksvoll, dass es mit vereinten Kräften möglich ist, Energiekrisen mittels wirtschaftlicher und sozialer Innovation nicht nur zu überwinden, sondern ihnen teilweise auch positive Aspekte und Chancen (Umstellung auf Biolandbau, gesellschaftlicher Zusammenhalt) abzugewinnen. *T. H.*

Erdöl: Alternativen



105 Nachhaltiger nutzen.

Möglichkeiten und Grenzen neuer Nutzungsstrategien.

Hrsg. v. Vera Rabelt ...

München: oekom-Verl.,

2007. 317 S., € 29,90 [D],

30,80 [A], sFr 52,30

ISBN 978-3-86581-024-3

Standen in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts vor allem produktionsorientierte Aspekte im Zentrum des Nachhaltigkeitsdiskurses, so rücken nun zunehmend Fragen der gesellschaftlichen Transformation nachhaltiger Entwicklungspro-

zesse in den Blick. Der hier vorgestellte Band, der die Ergebnisse des vom deutschen Wissenschaftsministerium (BMBF) von 2001 – 2005 geförderten Forschungsschwerpunkts „Möglichkeiten und Grenzen neuer Nutzungsstrategien“ dokumentiert, belegt diesen Paradigmenwechsel eindrucksvoll.

Im einleitenden Kapitel werden unter dem Titel „Nutzungsverlängerung“ drei Projekte vorgestellt. Zum ersten die Initiative „*ecomobel*“, zu der Akteure aus Forschung und Handwerk im Raum Düsseldorf zusammengefunden haben, um auf Second-Hand-Basis renovierte, schadstoffarme Möbel anzubieten. Von „*ReUse*“, einem regionalen Netzwerk zur nachhaltigen Nutzung von Computern in Hamburg und Berlin wird im zweiten Beitrag berichtet. Nachhaltige Entwicklung, so der ambitionierte Ansatz, sollte dabei Aspekte wie Ressourcenschonung, die Förderung regionaler Ökonomie, den Dialog mit den NutzerInnen sowie „gute Arbeit“ (Employability, IKT-Kompetenz u. a. m.) berücksichtigen. Der Lebensverlängerung von Investitionsgütern, beispielhaft an einer landwirtschaftlichen Maschine erörtert, widmet sich ein weiterer Beitrag (wobei neben den „ökologischen Gewinnen“ vor allem der „soziale Mehrwert“, etwa neue Kontakte zwischen Besitzer, Nutzern und „Renovatoren“, hervorgehoben wird). Dass sich durch die Dehnung der „Lebensdauer“ des im Zentrum des Berichts stehenden Kartoffelerntegeräts auch ökologisch positive Effekte nachweisen lassen, kommt hinzu. Langlebigkeit rechnet sich also mehrfach!

Dem im nächsten Abschnitt erörterten Aspekt „Nutzensintensivierung“ zuzuordnen ist u. a das Projekt ZUSOMO, das sich im Raum Münster die Förderung *nachhaltiger Mobilität* zum Ziel gesetzt hat. Auf der Basis standardisierter Interviews wurden dabei Mobilitätstypen (etwa „autozentriert“, „mobilitätsoptimiert“) erhoben oder Carsharing-Modelle im Bereich der Kommunalverwaltung erprobt. Ein anderes Projekt machte sich auf die Suche nach Chancen und Barrieren der Umsetzung nachhaltiger Konsummuster im Alltag. Dabei kam – wie in vielen anderen Zusammenhängen auch – Widersprüchliches zu Tage: etwa das grundsätzliche Interesse am Austausch von (Produktions)Gütern einerseits, andererseits der hohe Stellenwert, der mit persönlichem Besitz einhergeht und nachhaltigen Verhaltensmustern entgegensteht.

Dass es sich in gemeinschaftlich organisierten Wohnmodellen zwar nicht signifikant „besser“, aber doch Ressourcen schonender leben lässt, stellt ein weiterer Beitrag (auch anhand einer 17-

„Ein intelligentes Zehn-Jahresprogramm, klare politische Rahmenbedingungen, eine gezielte, umfassende Kommunikationskampagne mit Unterstützung der besten Köpfe aus Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft, Medien Kultur, Politik und Sport führt dieses Programm zum sicheren Erfolg.“

(M. Gege
in **102**, S. 176)

„Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht die Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten und Aufgaben zu vergeben. Vermittle ihnen zuallererst die Sehnsucht nach dem weiten Meer!“
(A. de Saint-Exupéry in 102, S. 220)

teiligen Matrix zu „Mindestvoraussetzungen NE“, S. 112) eindrucksvoll unter Beweis. Beachtliche Einsparungspotenziale im CO₂-Verbrauch (gemessen an den Bedarfsfeldern Wohnen, Ernährung und Mobilität) weist ein Vergleich gemeinschaftlichen Lebens in ausgewählten „Ökodorf“-Initiativen (Kommune-Niederkaufungen, LebensGut Pommritz u. a.) gegenüber dem nationalen Mittelwert der BRD aus. Vor allem durch Einsparungen in den Bereichen „Wohnen“ und „Mobilität“ kann die Umweltbelastung pro Person und Jahr auf fast 1/3 verringert werden (von durchschnittlich 8000 auf ca. 3000 kg).

Wie aber sind nachhaltige Konsummuster attraktiv vermittelbar? Dieser Fragestellung ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Darin wird u. a. von der Bereitschaft zu Tausch, Leihen und Verleihen in Nachbarschaftsnetzwerken berichtet: Das Verhalten von Männern und Frauen unterscheidet sich in dieser Hinsicht nur marginal und ist bei einem Wert von ca. 30 Prozent durchaus ausbaufähig! Vorgestellt werden aber auch Erfahrungen mit Kundenvermittlungsprogrammen – etwa dem Angebot einer „umwelt-plus-karte“ im Raum Heidelberg, für das während des Projektzeitraums intensiv geworben wurde, und das (zumindest kurzfristig) die Attraktivität regionaler Anbieter u. a. durch die Einräumung von Rabatten merklich steigerte. Als innovativ und ehrgeizig hervorgehoben zu werden verdient die in NRW initiierte „Innovationsagentur für Nachhaltiges Wirtschaften“, die sich, von Forschungseinrichtungen und regionalen Unternehmen begleitet, unter dem Titel „nutz-Bar“ vor allem auf den Aufbau einer Datenbank für nachhaltiges Wirtschaften konzentrierte. Zudem setzte sie sich u. a. die „Vermittlung von Produkten zur Mitbenutzung“ und die Kooperation mit Partnern aus der Region zum Ziel.

Ausführlich berichtet wird zudem von (hoffentlich) folgerelevanten Begleitprojekten. So wird in einem Beitrag über „prozessbegleitendes Monitoring“ u. a. festgestellt, dass „Nachbarschaft sich nicht ‚top-down‘ organisieren lässt“ (vom „Scheitern einer Grundidee“ wird in diesem Zusammenhang gesprochen, S. 180).

Auch wenn die meisten der hier vorgestellten Initiativen kaum über die Projektphase hinaus Bestand hatten, so ist dies nicht als generelle Kritik gegenüber partizipativen Nachhaltigkeitsstrategien zu lesen. Vielmehr werden Netzwerke u. a. als „innovative Kommunikationskultur der Nachhaltigkeit“ herausgestellt. Wesentlich für den Erfolg des hier propagierten Ansatzes ist – so die übereinstimmende Ansicht der Beitragenden – die

Dauerhaftigkeit der Unterstützung (von „oben“ wie „unten“ und der verstärkte Einsatz für Werbung in eigener Sache nach dem Motto: „Tu Gutes und rede darüber“).

Gerade weil die im letzten Abschnitt versammelten Befunde „begleitender Arbeitsgruppen“ (etwa zu „Nutzungsstrategien und Arbeit“, zu „Marketing“ und „Wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen“) gegenüber dem hier referierten Forschungsprojekt ambivalent ausfallen, verdient dieser umfassende, faktenreiche Band breites Interesse. Aus den hier versammelten Befunden ist in Sachen Nachhaltigkeit viel zu lernen. *W. Sp.*

Konsummuster: Nachhaltigkeit



106 Jänicke, Martin:

Megatrend Umweltinnovation. Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München: oekom-Verl., 2008. 208 S., € 29,90 [D], 30,80 [A], sFr 50,80
ISBN 978-3-86581-097-7

Professor *Andreas Troge*, der Leiter des Umweltbundesamtes Berlin, beschreibt in seinem Vorwort das Ziel des Buches und damit die Klammer, die die sechs Kapitel, die weitgehend auf bereits publizierten Aufsätzen beruhen, zusammenhält: „Was es braucht, um Umweltinformationen anzustoßen und welchen Ansprüchen diese im Prozess der ‚ökologischen Modernisierung‘ genügen müssen, veranschaulicht dieses Buch ausführlich“. Als Anhang findet sich noch ein Aufsatz „Vom Staatsversagen zur politischen Modernisierung? Ein System aus Verlegenheitslösungen sucht seine Form“ aus dem Jahr 1993.

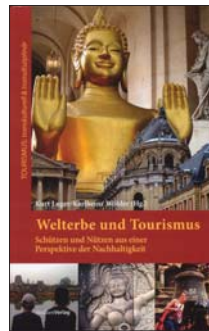
Martin Jänicke war bis 2007 Professor für vergleichende Politikwissenschaft und Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin. Er war und ist, nicht zuletzt durch seine Tätigkeit im Sachverständigenrat für Umwelt sowie im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt maßgeblich am umweltpolitischen Diskurs und an der Ausgestaltung von umweltpolitischen Instrumenten in Deutschland tätig.

Man kann sich dieser Textsammlung aus unterschiedlichen Perspektiven nähern. Das Buch lässt sich – beinahe – als Standardwerk zu Mechanismen und Politikinstrumenten lesen, die in Richtung von Umweltinnovationen führen. Diese sind, so das Credo von Jänicke, erforderlich, weil „das bei weitem größte Potenzial umweltbezogener

Problemlösungen im Rahmen des bestehenden (und von Jänicke nicht hinterfragten Modells, G. Sp.) marktwirtschaftlichen Systems“ bestehen (S. 15). Man kann dieses Buch aber auch als Zusammenstellung von Texten lesen, die in gewisser Weise eine vergangene Zeit beschreiben – nämlich Texte, die in der Überzeugung geschrieben sind, dass durch forciertes politisches Handeln innerhalb des bestehenden marktwirtschaftlichen Systems (technologische) Umweltinnovationen derart stimuliert werden können, dass ein dauerhaftes Wirtschaften auf gewohnten Wohlstandsniveau möglich wird („Megatrend Umweltinnovation meint hier eine langfristige, objektiv gewordene Entwicklungstendenz, die die Chance einer nachhaltigen Entwicklung bietet“). Man kann diesen Band letztlich sehr kritisch lesen und gewissermaßen gegen den Strich bürsten. So lässt sich beispielsweise mit einer gewissen Berechtigung fragen, warum es Umweltinnovationen, wenn es sich dabei tatsächlich um einen Megatrend handelt und so hohe spezifische Einsparungen, ja sogar eine völlige Entkopplung von Industriewachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltbeanspruchung möglich sind (vgl. z. B. S. 15 und S. 48), noch nicht geschafft haben, die negativen Trends abzuschwächen oder gar umzukehren. Gerade aus der kritischen Beschäftigung mit den Texten lassen sich viele Anregungen zu weiteren Nachdenken und Recherchieren finden. Je nach Grundhaltung der LeserInnen zu umweltpolitischen Fragen, wird man in jedem Kapitel ausreichend Grund finden, sich in seiner Haltung bestätigt zu fühlen, oder sich an den Ansichten und Postulaten des Autors zu reiben, beispielsweise an der Definition ökologischer Modernisierung als „zwar marktkonforme Strategie, die aber eine notwendig politikbasierte Forcierung von technologischem Fortschritt und seiner Ausbreitung“ ist (S. 48). Spannend und bedenkenswert sind die Ausführungen zu Voraussetzung und Rolle von Umweltpionieren (S. 91), zur Rolle der EU, wo der Schub der Umweltschutzgesetzgebung in den späten 80er und frühen 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf die damalige Neuverhandlung der Vertragsgrundlagen zurück geführt wird, oder die Bewertung der Agenda 21 als zwar wertvolles Instrument, das aber bislang wenig effektiven Fortschritt generiert hat (S. 108). Der Autor erteilt dem Instrument der freiwilligen Vereinbarungen eine klare Absage (S. 118) und setzt eher auf das Konzept des „Umweltstaates“ als „ressortübergreifende Querschnittsfunktion des modernen Staates“ (S. 148). Dem Rezensenten fiel es ob der vielen Wieder-

holungen (die daher rühren, dass das Buch nicht in einem Guss geschrieben wurde, sondern eine Sammlung überarbeiteter Aufsätze ist) und der Tatsache, dass es viel an schwer lesbarer Beschreibung und Analyse, aber wenig an umsetzbaren Handlungsoptionen bietet, nicht immer leicht, bei der (Lese)stange zu bleiben. Für alle, die am Für und Wider politiknaher Umweltprozesse interessiert sind, ist es aber allemal interessant, die Ausführungen im Detail zu studieren und daraus Schlüsse zu ziehen. Dass der Rezensent über weite Strecken des Buches das Gefühl hatte, einem Dinosaurier zuzusehen, mag an seinem durchwegs anderen Zugang zur Frage der Lösungskompetenz von Technologien liegen. G. Sp.

Umweltinnovation



107 Welterbe und

Tourismus. Schützen und Nützen aus einer Perspektive der Nachhaltigkeit.

Hrsg. v. Kurt Luger ... Innsbruck (u. a.): Studien-Verl., 2008. 454 S., € 49,90 [D], 49,90 [A], sFr 83,90
ISBN 978-3-7065-4518-1

Die Grundidee der Welterbekonvention, die 1972 von der UNO verabschiedet wurde, ist die gemeinsame Verantwortung für das Menschheitserbe. Gleichzeitig liest sich die Welterbeliste – vom Great Barrier Reef über die Pyramiden von Giseh und das Tadsch Mahal bis hin zu den Everglades – wie die Hitparade touristischer Highlights. Und in der Tat sind die Welterbestätten touristische Anziehungspunkte erster Güte. Längst gibt es mahnende Stimmen, die wegen des Massenansturms Schäden an den Kulturstätten befürchten. Unachtsamer Umgang, Verschmutzung, Beschädigung, Zerstörung und Diebstahl sind nur einige der negativen Auswirkungen, die unkontrollierter Tourismus haben kann. Deshalb gilt es, Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Kulturtourismus und Welterbe-Management mit dem übergeordneten Ziel der Nachhaltigkeit im Sinne eines angepassten touristischen Handelns in gefährdeten Gebieten zu analysieren und auszuloten.

Die Herausgeber dieses Bandes aus der Reihe *Tourismus: transkulturell & transdisziplinär*, Kurt Luger (Kommunikationswissenschaftler an der Universität Salzburg, Gründer und Vorstandsvorsitzender von ECO Himal) und Karlheinz Wöhler (Tourismuswissenschaftler und Freizeitforscher an der Universität Lüneburg), beschreiben

„Auch im Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit von Kunst hat das Welterbe noch eine wichtige gesellschafts- und kulturpolitische Funktion, die es für die nächsten Generationen zu erhalten gilt. Der Welterbe-Tourismus kann zur Erhaltung dieser Funktion einen Beitrag leisten.“
(K. Luger in **107**, S. 36)

ihr Vorhaben wie folgt: „Den ‚body of knowledge‘ zum Thema Welterbe-Tourismus mit einigen substanziellen Ergebnissen zu bereichern, ist Zielsetzung dieser Publikation, die sich auf einen in der Welterbestätte ‚Altstadt Salzburg‘ abgehaltenen internationalen Kongress (...) und eine ausführliche Literaturstudie zu diesem Themenbereich stützen kann (...).“ (S. 9) Darauf aufbauend, stellen sich Denkmalschützer, Touristiker und Tourismusplaner, Gestalter und Umsetzer von Entwicklungsprojekten, die Manager und Verwalter des Welterbes und vor allem Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen der Aufgabe, die aktuelle Lage anhand ausgewählter Beispiele zu erläutern und Ideen für nachhaltiges Management zu entwerfen. Der theoretische und praktische Blick gilt den geschützten Altstädten von Salzburg und St. Petersburg, dem Kathmandu-Tal mit seinen Königsstädten in Nepal sowie Havanna, der Hauptstadt Kubas, und Luang Prabang, der ehemaligen Königs- und Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Norden. Naturerbestätten bzw. -regionen wie etwa die Jungfrau-Aletsch-Bietschhorn Gletscherzone (CH) oder die Dachstein-Hallstadt-Region im Salzkammergut (A) können, so die Herausgeber, von Tourismuskonzepten, die Kriterien der Nachhaltigkeit verpflichtet sind, ebenso profitieren wie Schloss Schönbrunn oder die Tempelanlagen von Hampi im indischen Karnataka.

Insgesamt wurden inzwischen 878 Denkmäler in 145 Ländern weltweit in die Welterbe-Liste (aus Wikipedia) aufgenommen. Davon sind 679 als Kulturdenkmäler und 174 als Naturdenkmäler gelistet, weitere 25 werden sowohl als Kultur- als auch als Naturerbe geführt. Ausgewiesen wird damit v. a. die Einzigartigkeit, die Authentizität (historische Echtheit) und die Integrität (Unversehrtheit) der Objekte. Bei gravierenden Verstößen besitzt die UNESCO keinerlei Sanktionsmöglichkeiten (mit Ausnahme der Streichung von der Welterbeliste, womit aber das Schutzziel aufgegeben wird). Derzeit stehen 30 Welterbestätten auf der Roten Liste, in der jene Objekte aufgelistet sind, die infolge von Krieg oder Naturkatastrophen, durch Verfall, durch städtebauliche Vorhaben oder private Großvorhaben ernsthaft gefährdet sind.

Im vorliegenden Kontext bedeutet nachhaltiges Welterbe-Management eine umfassendere Aufgabe als für den Schutz von Gebäuden zu sorgen oder ein touristisches Marketing dafür zu betreiben (vgl. K. Luger, S. 36). Es handelt sich vielmehr um eine interdisziplinäre Aufgabe; diese ent-

spricht letztlich der „International Cultural Tourism Charter“, „die in ihren Prinzipien fordert, dass verantwortliches Welterbemanagement Bedacht auf die Interessen der Einheimischen nimmt, das Erbe mit Nachdruck und dauerhaft verwaltet wird, Schutzmaßnahmen mit der Tourismusplanung in Übereinstimmung erfolgen, damit Welterbe wie Touristen davon profitieren und sich gegenseitig stützen.“ (S. 36)

Anhand von konkreten Bezügen zu Landschaften und Regionen geht es im zweiten Abschnitt um das Welterbe in Konvention und Schutzpraxis. Hier werden Möglichkeiten diskutiert, die nötigen Finanzmittel zur Bewahrung und Restauration der Welterbestätten durch den Kulturtourismus zu lukrieren. Dies kann nach Meinung der Autoren nur gelingen, wenn das Ausmaß der touristischen Belastung limitiert wird. Vor einigen Wochen hat Ägypten mit der Meldung aufhorchen lassen, den Besucherstrom zu den Pyramiden durch lenkende Maßnahmen begrenzen zu wollen. Die USA machen längst vor, was hier nur angedacht ist. Zur Felsformation „The Wave“ in Arizona/Utah dürfen nur 20 Personen pro Tag wandern. Zehn Tickets werden ein halbes Jahr im Voraus vom Bureau of Land Management über Internet verkauft. Die anderen zehn Tickets werden einen Tag vor Gültigkeit vor Ort vergeben.

„Welterbe und Tourismus im Entwicklungskontext“ ist Thema des letzten Abschnitts. Besonders in wirtschaftlich ärmeren Ländern kann ein sorgfältig geplanter und regulierter Tourismus einen erheblichen Beitrag zur Erhaltung der Tradition und des kulturellen Erbes leisten. An vielen Orten, ob in der Inkastadt Machu Picchu oder in Angkor Wat bringen die Besuchermassen zwar viel Geld in die Regionen, aber nur selten trägt dies zur behutsamen Entwicklung bzw. zur langfristigen Erhaltung der Anlagen bei. Denn großteils fließen die Einnahmen des globalen Tourismusmarktes wieder an die internationale Tourismusindustrie zurück, ohne dass das nötige Kapital für die Erhaltung der Welterbestätte vor Ort abgeschöpft werden kann. „Wirklich erfolgreiche Erhaltungskonzepte stehen“, so die Herausgeber, „meist in Verbindung mit Entwicklungsprojekten, zumindest über einen bestimmten Zeitraum.“ (S. 328) Ein gleichermaßen fundierter wie vielfältiger Beitrag zu vielen Herausforderungen eines gedeihlichen Miteinanders von Kultur und Tourismus, der sich übrigens auch die Österreichische UNESCO-Kommission mit großem Engagement widmet. A. A.

Welterbe: Tourismus

„Es stellt sich die Frage, ob das Enzensberger'sche Paradoxon auch im Falle der Tuareg-Kultur gilt: Zerstören Touristen tatsächlich die 'heile' Wüstenwelt der Nomaden, die sie suchen, indem sie diese finden?“
(H. A. Friedl in 107, S. 420)

Autoren- und Schlagwortregister

zu Rezensionen-Nummern

Autoren

Arlt, Hans-Jürgen 75	Mittelstaedt, Werner 88	Fortschritt 88
Biedermann, Horst (Hrsg.) 92	Napoleoni, Loretta 99	Geschäftsplan Deutschland 85
Brix, Emil (Hrsg.) 94	Nolte, Paul 78	Integration 95
Butterwege, Christoph 76	Ptak, Ralf 76	- : Jugendliche 96
Crouch, Colin 101	Rabelt, Vera (Hrsg.) 105	Konsummuster: Nachhaltigkeit 105
Ederer, Peer 85	Raschke, Joachim 81	Local Governance 93
Falk, Svenja (Hrsg.) 82	Reich, Robert 98	Menschenrechte: Demokratie 97
Gege, Maximilian 102	Schuller, Philipp 85	Nationalstaat: Kritik 76, 77, 78, 79
Geisen, Thomas (Hrsg.) 96	Schwalb, Lilian (Hrsg.) 93	Politik: Demokratie 101
Hass, Egmont 90	Storz, Wolfgang 75	- : Medien 83
Herzog, Roman (Hrsg.) 86	Tils, Ralf 81	Politikberatung 81, 82
Jänicke, Martin 106	Trattnigg, Rita (Hrsg.) 94	Politische Bildung 91, 92
Jenner, Gero 100	Vortkamp, Wolfgang 95	Reformpolitik 87
Kessler, Wolfgang 75	Willms, Stephan 85	- : Deutschland 75, 86
Klages, Helmut 87	Wolf, Armin 83	Staat: Reform 84
Kuhn, Helmut 79	Wolf, Klaus D. (Hrsg.) 84	Staatsbürgerschaft 80
Lange, Dirk (Hrsg.) 91		Umweltinnovation 106
Liedtke, Rüdiger 77	Schlagworte	Welterbe: Tourismus 107
Lösch, Bettina 76	Civil Society 94	Wirtschaft: Demokratie 98
Luger, Kurt (Hrsg.) 107	Deutschland: Befunde 89, 90	- : Geldsystem 100
Mackert, Jürgen (Hrsg.) 80	Erdöl: Alternativen 103, 104	- : Menschenrechte 99
		Zukunftsfonds 102

Zukunftspreis

Der auf Vorschlag der Robert-Jungk-Stiftung alle drei Jahre vergebene „Salzburger Landespreis für Zukunftsforschung“ geht 2008 an Jean Ziegler. Der Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung im Menschenrechtsrat der UNO wird die Auszeichnung am 20. November in der Salzburger Residenz entgegennehmen. Wir laden herzlich zur Preisverleihung sowie den anschließenden Vortrag von Jean Ziegler ein. Infos: JBZ, 0043.662.873206 www.jungk-bibliothek.at

Ökologischer Fußabdruck

Das österreichische Lebensministerium hat eine breite Kampagne zum Thema „Ökologischer Fußabdruck“ gestartet. Die JBZ wurde eingeladen, die Kampagne für das Land Salzburg zu betreuen. Erstellt wurden Folien, eine Ausstellung, ein Fußabdruckspiel u. a. m. Infos: www.salzburg.gv.at/fussabdruck sowie www.mein-fussabdruck.at

Vision Summit

„Social Business“ lautet das Thema

des Vision Summit 2008, der am 1./2. November an der FU Berlin stattfindet. Das von Grameen-Bank-Gründer Muhammad Yunus nach dem Erhalt des Friedensnobelpreises initiierte Projekt setzt auf eine weltweite Gründerwelle von Sozialunternehmen. Infos: www.visionsummit.org

Futurists Conference

„Pictures of Tomorrow - Challenges for Today“ ist der Titel der 4. „European Futurists Conference“ vom 26. - 28. 10. 2008 in Luzern. Infos: www.european-futurists.org

Foto: NASA (www.nasa.gov)

Leseclub.org.de



Verändern Sie die Welt
durch Lesen.

Für 12 Euro erhalten Sie ausgewählte Zukunftsliteratur zum Lesen und Verschenken


 Global Marshall Plan
NALANDA THE WORLD
with an Eye for Global Market Economy

Im Jahr 2006 umfasste das Abo 31 Bücher im Wert von € 3191. Unterstützen Sie unsere Initiative.
 Für € 12 / Studierende € 6 im Monat schlucken wir Ihnen mehrmals im Jahr kostendes relevante Literatur zu,
 ohne weitere Kosten für Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.globalmarshallplan.org/hitschabe, Tel. 0019-10-822901-20, Fax -21 oder info@globalmarshallplan.org

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:

Robert-Jungk-Stiftung
Geschäftsführer: Dr. Werner Riemer

Für den Inhalt verantwortlich:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Leitung: Dr. Walter Spielmann

Redaktion:

Dr. Alfred Auer (A. A.)
Mag. Hans Holzinger (H. H.)
Dr. Walter Spielmann (W. Sp.)

Gesamtherstellung/Verlag:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Mitarbeiter dieser Nummer:

Mag. Thomas Haderlapp (Th. H.) v. Zentrum für
Zukunftsstudien der FHS ForschungsgesmbH
Salzburg, Dr. Gunter Sperka (G. S.)

Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg

Telefon: +43(0)662 / 873 206

Telefax: +43(0)662 / 873 206-14

E-Mail: jungk-bibliothek@salzburg.at

Internet: <http://www.jungk-bibliothek.at>

PRO ZUKUNFT

erscheint 4 Mal pro Jahr.

Preis des Einzelheftes: € 7,-

Abonnement (pro Jahr): € 25,- zzgl. Porto

Versandkosten: € 5,- (Europa)

Ältere Hefte: € 3,- zzgl. Porto

Preise für außereuropäisches Ausland
auf Anfrage.

Bestellungen:

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg
Tel. +43(0)662 / 873 206

Zahlungen erbeten an:

Verein der Freunde und Förderer der
Robert-Jungk-Stiftung,
Kto. 238.888.5, BLZ 55000
Salzburger Landeshypothekenbank

Für Überweisungen aus dem Ausland

IBAN: AT41550000002388885
BIC/SWIFT: SLHYAT2S

PRO ZUKUNFT kann im Abonnement

oder als Einzelheft beim Buchhandel
und direkt bei der JBZ bestellt werden.
Zahlungen bitte erst nach Erhalt der Rechnung.

Abbestellungen bitte bis spätestens

8 Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.
Erfolgt keine Abbestellung, verlängert sich
das Abonnement automatisch.

Offenlegung der grundlegenden Richtung des
periodischen Mediums § 25 Abs 4 MedienG:

Pro ZUKUNFT ist die Zeitschrift der
Internationalen Bibliothek für Zukunftsfragen /
Robert-Jungk-Stiftung. Vier Mal pro Jahr stellt
sie Publikationen aus dem Bereich der
Zukunfts- und Trendforschung vor und informiert
interdisziplinär über neue zukunftsrelevante
Publikationen (Sachbücher, Graues Material
und Beiträge in Neuen Medien).

PRO ZUKUNFT wird auf chlorfrei
gebleichtem Offset-Papier gedruckt.

ISSN 1011-0089

Mitglieder-/ Aboservice

Sichern Sie sich aktuelle Zukunftsinformationen
durch ein Abo von **PRO ZUKUNFT**. Als Mitglied des
**Vereins der Freunde und Förderer der Robert-
Jungk-Stiftung** erhalten Sie darüber hinaus ei-
ne Literaturrecherche (bis zu € 18,- pro Jahr), die
JBZ-Lesekarte, 30 % Rabatt auf unsere Publika-
tionen, Hinweise zu allen JBZ-Veranstaltungen
sowie den jährlichen Tätigkeitsbericht.

Mitgliedsbeitrag:

Einzelpersonen: € 50,- / sFr 100,-

Schüler/Studierende: € 25,- / sFr 50,-

Institutionen: € 100,- / sFr 200,-

proZukunft-Abo:

Abonnement (pro Jahr) € 25,- zzgl. Porto

Versandkosten € 5,- (Europa)

Einzelheft € 7,-

Bestellungen: Tel.: +043.(0)662.873206

jungk-bibliothek@salzburg.at